

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Der Kampf für den Frieden wächst und breitet sich aus	1
V. BERESHKOW — Francospanien in den Plänen der Kriegsbrandstifter	3
M. GUSSJEW — Von der sogenannten deutschen Konkurrenz	7
J. ARTAMONOW — Das Eindringen der USA in Afghanistan	11
Internationale Umschau (Notizen)	14
W. JORDANSKI — Briefe aus Prag. 3. Reise in die Slowakei	18
W. TATARINOW — Der Alltag von Lake Success (Notizen eines Korrespondenten)	22
N. LAZINNIK — In Betrieben der koreanischen Republik (Reisenotizen)	26
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen: L. SEDIN — Ammenmärchen über Verletzung von Friedensverträgen	30
Chronik der internationalen Ereignisse	31

14

30. März 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schrieffleffer: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Der Kampf für den Frieden wächst und breitet sich aus

WÄHREND die USA-Imperialisten und ihre westeuropäischen Partner sich darauf vorbereiten, den aggressiven Nordatlantikpakt in rechtskräftige Form zu bringen, schließen sich die friedliebenden Kräfte der Völker zum entschlossenen Kampf gegen die Brandstifter eines neuen Weltkriegs zusammen.

Aus allen Gegenden des Erdballs laufen weiter Meldungen über die Vorbereitungen für den Weltkongreß der Friedensanhänger ein, der auf den Ruf des Internationalen Verbindungsausschusses der Geistesschaffenden zum Schutz des Friedens und der Internationalen Demokratischen Frauenföderation am 20. April in Paris zusammentreten soll. Der vorbereitende Ausschuß hat bereits Erklärungen mit dem Wunsch nach Teilnahme am Kongreß von Organisationen mit mehr als 300 Millionen Mitgliedern erhalten, und zwar von politischen, gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen Organisationen, von Kultur-, Frauen- und Jugendverbänden, von religiösen Organisationen u. a.

Der Bewegung für die Einberufung des Weltkongresses der Friedensanhänger haben sich allein in den letzten Tagen angeschlossen: die zahlenmäßig stärkste gesellschaftliche und politische Organisation Bulgariens — die Vaterländische Front —, der bulgarische Frauenbund, das Slawische Komitee Bulgariens; die Unitäre Sozialistische Partei Frankreichs, der Landesstudentenverband Frankreichs, der Bergarbeiterverband Frankreichs; der ungarische Gewerkschaftsrat, der Ungarische Bund demokratischer Frauen, der Verband werktätiger Bauern und Landarbeiter Ungarns, die Leiter der ungarischen protestantischen Kirchen; der polnische Bauernverband für gegenseitige Hilfe, der mehr als 3 Millionen Mitglieder umfaßt; die Volksvereinigung von Vietnam, die 11 Millionen Mitglieder vertritt.

Für die Einberufung des Weltkongresses haben sich ebenfalls ausgesprochen: die Exekutive des Schottischen Bergarbeiterverbands (eine Abteilung des Landesverbands der Bergarbeiter Englands), die englische labouristische Studentenföderation; die Holländische Frauenföderation, der Allgemeine holländische Jugendverband, der

holländische Gewerkschaftsverband; die Allgemeine Arbeitskonföderation Italiens mit 7 Millionen Mitgliedern, die Nationale Assoziation der Partisanen Italiens, die italienische Landesgenossenschaftsliga mit 2 Millionen Mitgliedern; der Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden; das Slawische Komitee der Tschechoslowakei, die Tschechoslowakische Sozialistische Partei; der Generalrat der Einheitsgewerkschaften Albaniens.

Für die Einberufung des Kongresses erklärten sich der Verband argentinischer Frauen, das Komitee der argentinischen Jugend; der Bund demokratischer Frauen Österreichs; der Frauenverband von Tunis; der Gewerkschaftsverband von Marokko; die mongolischen Organisationen der Jugend und der Künstler; die Chinesische Gewerkschaftsföderation, die Demokratische chinesische Frauenföderation und viele andere Organisationen.

Am 24. März wurde in Warschau ein Polnisches Komitee der Friedensanhänger gegründet, es wurden Delegierte zum Pariser Weltkongreß gewählt. Am gleichen Tag fand in P-hjông-jang, der Hauptstadt Koreas, eine Konferenz zum Schutz des Friedens statt, an der 1500 Delegierte von allen fortschrittlichen Parteien sowie gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen Nord- und Südkoreas teilnahmen. Für den 9. April wird in Rio de Janeiro ein Kongreß der Friedensanhänger zur Vorbereitung der Teilnahme der brasilianischen Öffentlichkeit am Weltkongreß einberufen. Ähnliche Vorbereitungskongresse und -konferenzen sind auch in einer Reihe anderer Länder Europas, Asiens und Lateinamerikas in Aussicht genommen.

Große Bedeutung für die Schaffung der Weltfront der Friedensbewegung hatte der soeben in Neuyork abgehaltene Kongreß der Kulturschaffenden und Wissenschaftler Amerikas zum Schutz des Friedens. Die machtvolle Unterstützung, die die demokratische Öffentlichkeit des Landes dem Kongreß angedeihen ließ, spiegelte das Bestreben des amerikanischen Volkes wider, alle Möglichkeiten zur Sicherstellung eines allgemeinen und festgefügtten Friedens auszunutzen.

Auf den Sitzungen des Kongresses ergriffen das Wort Professor Shapley, eine prominente demokratische Persönlichkeit der USA, John Rogge, ehemaliger Gehilfe des Justizministers, Arthur Moulton, der Bischof des Staates Utah, stellvertretender Vorsitzender der Amerikanischen Assoziation für die Vereinten Nationen, T. O. Thackeray, Herausgeber der „New York Post“, Henry Wallace, Vorsitzender der Progressiven Partei und ehemaliger Vizepräsident der USA, usw. An der Arbeit des Kongresses nahmen an die 3000 Delegierte teil. Als Ehrengäste wohnten dem Kongreß Delegierte der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Polens, Englands, Norwegens, Kubas, der Philippinen und anderer Länder bei. Begrüßungsschreiben von G. Bernard Shaw, Thomas Mann, John B. Priestley, F. Joliot-Curie, von dem bekannten englischen Gelehrten Blackett und vielen anderen liefen beim Kongreß ein.

Der Erfolg des Neuyorker Kongresses zum Schutz des Friedens und die ihm erwiesene Unterstützung lösten in der reaktionären Presse der USA einen hysterischen Anfall aus. Es hagelte Drohungen gegen die amerikanischen Kongreßteilnehmer. Professor Shapley droht man mit Belangung durch die Kommission zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit. Die Hearstzeitung „Daily Mirror“ gibt zu verstehen, daß die Liste der Kongreßteilnehmer, namentlich der Musiker, Komponisten und Dirigenten, für die Behörden und die Monopole eine Art Schwarze Liste sei.

Die Versuche der regierenden Kreise der USA, die Arbeit des Kongresses zu stören, verrieten die Angst der Anstifter des Nordatlantipakts vor der machtvollen Bewegung der Völker zum Schutz des Friedens. Es ist nicht so leicht, die Völker zu betrügen, denen der Krieg, dessen Vorbereitung die Imperialisten betreiben, verhaßt ist und die sich nach einem dauerhaften und gerechten Frieden sehnen. Weder die jämmerlichen Sophismen der Washingtoner Diplomaten und ihrer westeuropäischen Partner, noch der Strom von Falschmeldungen, der täglich von der reaktionären Presse ausgespielt wird, sind imstande, das wahre Wesen des Nordatlantipakts zu verhüllen. Die Völker sehen, daß der Nordatlantipakt eine logische Ausdrucksform der aggressiven Politik der englisch-amerikanischen Weltherrschaftsanwärter ist, dieser Politik, deren Marksteine die Fulton Rede des Kriegsbrandstifters Churchill, die Verkündung der Trumandoktrin, der Marshallplan, die Resolution Vandenberg über die „Neuausrichtung“ der USA-Außenpolitik, die Rede Trumans beim Antritt der Präsidentschaft und die Rede Attlees bildeten.

Die antisowjetische Ausrichtung der von den heute regierenden Kreisen der USA und Englands betriebenen Politik ist keineswegs ein Zufall. Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, die von den Ländern der Volksdemokratie unterstützt, von den breiten Volksmassen aller Länder gebilligt wird, ist ein unüberwindliches Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung der hirnverbrannten Weltherrschaftspläne des englisch-amerikanischen Imperialismus unter der Ägide der USA. Daher der bestialische Haß der englisch-amerikanischen Imperialisten gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie, gegen die demokratischen Kräfte aller Völker Europas, Asiens, Amerikas, gegen das ganze antiimperialistische Lager des Friedens, des Sozialismus und der Demokratie.

Aber das Lager des Friedens ist unbesiegbar. Seine Kräfte wachsen unaufhaltsam. In den Kampf zur Wahrung des Friedens schalten sich immer neue und neue Millionen ein. In allen Ländern Westeuropas, die in den aggressiven Block hineingezogen werden, den das Staatsdepartement zusammenzimmert, haben unter Teilnahme vieler Tausender von Werktätigen Kundgebungen und Versammlungen zum Schutz des Friedens, gegen die Beteiligung am nordatlantischen Kriegspakt stattgefunden. Allein in Norwegen wurden 265 Kundgebungen durchgeführt. Protestdemonstrationen und -kundgebungen fluteten über ganz Italien, Frankreich und andere Länder hinweg.

Keinerlei verlogene Berufungen auf die Satzung der UNO und keinerlei pharisäische Deklarationen über „friedliche“ Absichten der Schöpfer des Nordatlantipakts sind imstande, das wahre Wesen und die wahren Ziele dieses Pakts vor den Völkern zu verbergen. Die UNO-Satzung geht davon aus, daß für die Sicherstellung eines dauerhaften Friedens die Zusammenarbeit der Großmächte erforderlich ist. Der Nordatlantipakt aber bedeutet offene und zynische Abkehr der Westmächte von der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Somit untergräbt dieser Pakt die Grundfesten der UNO. Er ist dazu ausersehen, dieser Organisation den Todesstoß zu versetzen, sie auf die Stufe eines erbärmlichen Werkzeugs der englisch-amerikanischen aggressiven Politik hinunterzuzerren.

Der Nordatlantipakt ist ein Werkzeug zur Versklavung der Länder Westeuropas durch den USA-Imperialismus. Durch Unterzeichnung dieses Pakts geben diese Länder die Überreste ihrer Unabhängigkeit und Souveränität auf, sie werden endgültig zu Vasallen der USA. Nachdem sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit auf dem Altar des Marshallplans niedergelegt haben, opfern sie jetzt auf dem Altar des Nordatlantipakts ihre

politische Unabhängigkeit. Den Bedingungen des Paktes zufolge sind die Länder Westeuropas verpflichtet, den USA-Imperialisten militärische Stützpunkte auf ihrem Territorium zu überlassen, ihre Streitkräfte unter USA-Kommando zu stellen, ihre Industrie den amerikanischen Plänen für die Rüstungsproduktion, ihre Staatshaushalte der amerikanischen Politik einer forcierten Aufrüstung unterzuordnen.

Der Nordatlantikkpakt bringt den Ländern Westeuropas eine wahnwitzige forcierte Aufrüstung, die jegliche Möglichkeit zur wirtschaftlichen Wiederherstellung untergräbt. Aber die Volksmassen wenden sich entschlossen von den Kriegsbrandstiftern, den englisch-amerikanischen Monopolherren, ab, die damit rechnen, aus unermeßlichen Leiden von Dutzenden, ja Hunderten Millionen Menschen Milliarden Gewinne ziehen zu können.

Vertreter der breitesten Bevölkerungsschichten erheben ihre Stimme gegen die verbrecherische Politik der Kriegsabenteuer, sie fordern

Abkehr von dieser Politik und erklären, daß sie unter keinen Umständen an einem Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion teilnehmen werden.

Die einfachen Menschen in allen Ländern sind fest davon überzeugt, daß der Krieg nicht unvermeidlich ist. Die Kräfte des Friedens sind groß genug, um die verbrecherischen Pläne der Kriegsbrandstifter zu durchkreuzen. Die englisch-amerikanischen Imperialisten neigen dazu, ihre eigenen Kräfte zu überschätzen und die den Krieg bekämpfenden Kräfte zu unterschätzen. Deshalb gewinnt jetzt der feste Zusammenhalt und die Wachsamkeit der Friedensanhänger derart große Bedeutung.

Die machtvolle, wahrhaft alle Völker erfassende Bewegung für den Frieden ist ein drohend warnender Hinweis darauf, daß die Völker diejenigen strengstens zur Verantwortung ziehen werden, die mit ihrem Geschick spielen, die ihre Lebensinteressen und ihr Dasein zum Einsatz bringen.

Francospanien in den Plänen der Kriegsbrandstifter

V. BERESHKOW

WÄHREND des vorjährigen ersten Abschnitts der dritten Tagung der UNO-Generalversammlung räumte die reaktionäre Presse Francospanien bei weitem nicht den letzten Platz ein. Die Fürsprecher Francos gaben sich damals nicht geringe Mühe, eine Aufhebung des im Jahre 1946 gefaßten Generalversammlungsbeschlusses durchzusetzen.

Nach Ende des zweiten Weltkriegs forderten die Völker der ganzen Welt die endgültige Beseitigung aller Brutherde des Faschismus und Nazismus. Sie verlangten Aushebung des Räuber nests, das der Henker des spanischen Volkes, Franco, mit tatkräftiger Unterstützung Hitlers und Mussolinis auf der Iberischen Halbinsel gebaut hat. Die englisch-amerikanischen Vertreter in der UNO konnten damals die Forderungen der Volksmassen nicht ignorieren. Sie sahen sich gezwungen, schweren Herzens die Resolution zu unterstützen, in der das franquistische Terrorregime verurteilt wurde. So kam einer der wichtigsten UNO-Beschlüsse zustande, der auf

Stärkung der Sache des Friedens und der Welt-sicherheit ausgerichtet ist.

In der Resolution der Generalversammlung wird festgestellt, daß das faschistische Regime Francos während des Krieges Hitler und Mussolini wesentliche Hilfe geleistet hat. Es wird darauf hingewiesen, daß die Francoregierung von der Beteiligung an internationalen Körperschaften, die von der UNO geschaffen werden oder mit ihr in Verbindung stehen, auszuschließen sei. Weiterhin wird den der UNO angehörenden Ländern in der Resolution empfohlen, ihre Vertreter aus Spanien abzurufen, und es wird dem Sicherheitsrat nahegelegt, falls in Spanien im Laufe einer „vernünftigen Zeitspanne“ keine demokratische Regierung gebildet wird, „entsprechende Maßnahmen zur Richtigstellung der Situation“ ins Auge zu fassen.

Die vorjährigen verzweifelten Versuche des englisch-amerikanischen Blocks, diesen Beschluß aufzuheben, schlugen fehl. Die Resolution mit der Verurteilung des Francoregimes blieb in

Kraft. Jetzt, vor Eröffnung des zweiten Tagungsabschnitts der Generalversammlung, ist im Lager der Gönner des „Caudillo“ wieder eine rege Betriebsamkeit zu beobachten.

Schon Anfang Januar verkündete der franquistische Außenminister Artajo Madrider Pressevertretern, die Apriltagung in Lake Success werde „einen Beschluß fassen, der für Spanien günstig ist“. Am 3. Februar äußerte Michael J. McDermott, Gehilfe des USA-Staatssekretärs, nach Ansicht des Staatsdepartements sei die UNO-Resolution „für die bestehende Situation nicht zutreffend“ und diene „nicht mehr nützlichen Zwecken“. Gleichzeitig erklärte Mayhew, der stellvertretende englische Außenminister, im Unterhaus, es wäre für die englische Regierung „praktisch von Vorteil, einen Botschafter in Madrid zu haben“. Mayhew fügte hinzu:

„Ich muß sagen, daß ich im Namen der Regierung nicht versprechen kann, sie werde gegen die vorgeschlagene Annullierung dieser Resolution auftreten, wenn ein solcher Antrag erneut eingebracht werden sollte.“

Der Madrider Rundfunk zauderte nicht, unter Berufung auf „wohlinformierte Kreise“ zu erläutern, daß

„die Länder Lateinamerikas in Kürze eine Revision der spanischen Frage verlangen werden; die USA und England aber werden gegen eine Annullierung des Beschlusses von 1946 keine Einwände erheben“.

Kennzeichnend ist, daß offizielle Vertreter Washingtons und Londons immer und immer wieder diesen Standpunkt im Hinblick auf Franco-Spanien hervorkehren. Erst vor einigen Tagen bestätigte Dean Rusk, der Leiter der Staatsdepartements-Abteilung für Angelegenheiten der UNO und Gehilfe des Staatssekretärs, die USA würden einen Vorschlag über Aufhebung der Generalversammlungsresolution vom Jahre 1946 unterstützen. Ein Vertreter des Foreign Office äußerte am 17. März seinerseits, die Anfang Februar von Mayhew abgegebene Erklärung bleibe voll in Kraft.

Während der letzten Zeit bildet Madrid einen Anziehungspunkt, zu dem hochgestellte Persönlichkeiten aus den USA und England Wallfahrten unternehmen. Im Oktober v. J. sah die spanische Hauptstadt den Republikaner Chan Gurney, den damaligen Vorsitzenden der Senatskommission für Angelegenheiten der Streitkräfte, als Gast in ihren Mauern. Als nächster kam James A. Farley, ehemaliger Vorsitzender der Landesleitung der Demokratischen Partei und Leiter der Gesellschaft Coca-Cola. Dann erschien Eric Johnston, der Vorsitzende der Gesellschaft der Filmproduzenten und Filmvertriebe Amerikas, in Madrid, und nach ihm wurde der faschistische Henker des

spanischen Volkes von Konteradmiral Roscoe H. Hillenkoetter, dem Leiter der US Central Intelligence Agency (Spionagezentrale der USA), besucht. Einer der Führer der englischen Konservativen, Viscount Hinchinbrooke, und viele andere weilten ebenfalls in Madrid.

Die Ursache dieser außergewöhnlichen Aufmerksamkeit für die Person des Madrider Diktators ist kein Geheimnis. Der Labourabgeordnete Francis Noel-Baker schrieb in einem Artikel, der vor kurzem in der amerikanischen Zeitschrift „United Nations World“ erschienen ist, der geheime Zweck der zahlreichen Besuche in Madrid sei die „Wiedereingliederung Spaniens in Westeuropa“. Deutlicher drückte sich die Agentur France Presse aus, die in einem Kommentar zu der geplanten Schaffung eines Mittelmeerpakts Francospanien die „wichtigste Mittelmeer- und Atlantikmacht“ nannte.

Selbstverständlich wagen es die Initiatoren des Plans einer Eingliederung Francospaniens in die berührte Westliche Union noch nicht, mit lauter Stimme hiervon zu reden. Die „solide Presse“ zieht es vor, behutsamer zu Werke zu gehen. Charakteristisch in diesem Zusammenhang ist eine Meldung der englischen Zeitung „Daily Telegraph and Morning Post“. Das Blatt kommentierte am 2. Februar die Frage der Beziehungen zwischen Franco und den Westmächten und schrieb:

„Es ist höchste Zeit, daß diese wichtige Angelegenheit eher in ihrer Beziehung zu den heutigen Realitäten als zu vergangenen ideologischen und anderen Konflikten betrachtet wird, und daß man in Erwägung zieht, welchen Beitrag Spanien zur ökonomischen und politischen Stabilisierung Westeuropas leisten könnte.“

Man erkennt mit Leichtigkeit, was hinter diesen geleckten Formulierungen steckt. Es genügt z. B., sich mit einem Aufsatz des amerikanischen Journalisten Homer Bigart bekannt zu machen, der am 21. Februar in der „New York Herald Tribune“ erschienen ist. Der Verfasser erklärt ausdrücklich, nach Ansicht von Washingtoner Strategen werde Spanien in dem geplanten Krieg „logischerweise als Brückenkopf für die amerikanischen Truppen“ dienen.

Es ist längst bekannt, daß auf dem Territorium Spaniens und seiner außereuropäischen Besitzungen unter Leitung amerikanischer Fachleute intensive Kriegsvorbereitungen getroffen werden. In Eile werden neue Luftflottenstützpunkte angelegt und alte verbessert, die Schiffe der franquistischen Kriegsflotte werden modernisiert, Häfen und andere militärische Objekte werden ausgebaut. Diese Arbeiten werden regelmäßig von hochgestellten Vertretern des amerikanischen Militärklüngels inspiziert. Vor kurzem besichtigte z. B. Generalmajor Tunner, der Chef der britisch-

amerikanischen Luftbrücke, spanische Luftflottenstützpunkte.

Franco hat den überseeischen Expansionisten schon lange Spanisch-Marokko verpachtet. Die Presse berichtet von einer geplanten Besetzung der spanischen Insel Minorka (Balearen), eines wichtigen strategischen Stützpunkts im Mittelmeer, durch die USA-Imperialisten. Verhandlungen über die „Pacht“ dieser Insel durch die USA wurden in Madrid von dem amerikanischen Admiral und Kundschafter Hillenkoetter und dem spanischen Generalstabschef, Generalleutnant Vigon, geführt.

Francospanien als Aufmarschgebiet bei der Verwirklichung der abenteuerlichen Pläne der Brandstifter eines neuen Krieges — das ist der wahre Sinn des Gefasels von einer „realen Situation“, das den Lesern der „Daily Telegraph and Morning Post“ aufgetischt wird. Nicht weniger klar ist der Sinn der Betrachtungen dieser Zeitung über die Hilfe, die Franco bei der „politischen Stabilisierung Westeuropas“ leisten kann. Derselbe Journalist Bigart erklärt, nach Ansicht englisch-amerikanischer Politiker sei Francospanien „ein Land der Gesetzlichkeit und Ordnung“ und stehe „in günstigem Kontrast zu den von Streiks erfaßten Ländern Italien und Frankreich“.

Somit wird das blutige Francoregime als Muster der „Gesetzlichkeit und Ordnung“ hingestellt. Wie man sieht, würden die Verteidiger der „westlichen Demokratie“ den in Spanien wütenden Terror gern auf ganz Westeuropa ausdehnen.

Bei den Londoner und Washingtoner Hütern der „Gesetzlichkeit und Ordnung“ scheint die jüngste Welle grausamer Verfolgungen gegen spanische Demokraten besonderen Beifall gefunden zu haben. Die Gefängnisse und Konzentrationslager Francospaniens sind überfüllt. Der Telegraph bringt immer neue Meldungen von Massenprozessen, die von den Phalangisten gegen spanische Patrioten inszeniert werden. Die westlichen Gönner Francos geben sich Mühe, in dieser Terrororgie einen Beweis für die „Stabilität“ des verrotteten faschistischen Regimes in Spanien zu erblicken. In Wirklichkeit aber treibt nur die Angst vor dem Volke und das Bewußtsein der eigenen Schwäche die phalangistischen Unholde zu immer neuen bestialischen Untaten.

In Spanien herrscht ökonomischer Verfall, Millionen von Werktätigen fristen infolge von Francos mehr als zehnjährigem Wirtschaften buchstäblich ein Hungerdasein. Die Preise für unentbehrliche Lebensmittel steigen unaufhörlich. Der Mangel an Kohle und Kraftstrom hat dazu geführt, daß die meisten Werke durchschnittlich nur drei Tage der Woche in Betrieb sind.

Wie der Korrespondent White von der „Chicago Daily News“ aus Barcelona meldet, „steht die spanische Volkswirtschaft an der Grenze eines Zusammenbruchs“. Er gibt zu, daß die ganze Bevölkerung Spaniens gegenwärtig faktisch Hunger leidet, und fährt fort:

„Ihre Produktivität sinkt, und der Lebensstandard ist infolgedessen jetzt niedriger als zu irgendeinem andern Zeitpunkt seit dem Kriege.“

Selbst das Organ der spanischen Finanz- und Industriemagnaten, „El Economista“, muß den beispiellosen Niedergang der ganzen Wirtschaft Spaniens zugeben.

Wie jämmerlich es um die Angelegenheiten des Madrider Diktators bestellt ist, bleibt seinen hohen Gönnern nicht verborgen. Sie bemühen sich, ihr Protektionskind nach Möglichkeit hochzupäppeln. Vor einigen Tagen erklärte sich die amerikanische Chase National Bank einverstanden, Francospanien eine Anleihe von 25 Millionen Dollar zu gewähren. Dieser Beschluß, der vom Staatsdepartement der USA gebilligt wurde, rief in der demokratischen Öffentlichkeit stürmische Proteste hervor. Das Vereinigte Hilfskomitee für antifaschistische Flüchtlinge verurteilte die Gewährung der Anleihe und hob hervor, daß es sich um Hilfe an ein Regime handle, das sich „nur durch schonungslose Unterdrückung der Menschenrechte hervorgetan hat“.

Auch in liberalen Kreisen der USA löst der francofreundliche Kurs Washingtons Unwillen aus. So schrieb Harold L. Ickes, der ehemalige Innenminister der USA, in der „New York Post“, daß die Rückkehr eines Botschafters in das

„versklavte Spanien des Diktators Franco ein Akt des Zynismus wäre, den die USA in hundert Jahren nicht wiedergutmachen könnten“.

Die führenden Geschäftemacher der Wall Street aber sehen die Sache anders an. Wie die „New York Herald Tribune“ meldet, ist die inoffizielle Operation der Chase National Bank nur dazu bestimmt, in Voraussicht offizieller Wohltaten der USA „das Eis zu brechen“.

Übrigens regnen diese Wohltaten schon jetzt auf Franco wie aus einem Füllhorn herab. Auf Anweisung der amerikanischen Besatzungsbehörden in Bizonien erhält Francospanien abmontierte deutsche Werke. Die Agentur Telepress weist darauf hin, daß das in erster Linie Betriebe solcher Rüstungsfirmen wie Messerschmitt, Opel, Junkers, Baumann, Mauser u. a. sind. Selbstverständlich behalten die USA-Magnaten die Kontrolle über die nach Spanien verpflanzten Werke restlos in ihren Händen; der Francoregierung werden nur zwanzig Prozent der Aktien in den speziell gebildeten „gemischten“ Gesellschaften

ingeräumt. Es bleibt jedoch eine Tatsache, daß Betriebe, die als Reparationsleistungen an solche Länder übereignet werden sollten, die unter der Hitleraggression gelitten haben, jetzt in die Höhle des Hiltersprosses Franco wandern.

Die Wall-Street-Magnaten gewähren dem Francoregime durchaus nicht uneigennützig ihre Gönnerschaft. Neben den bereits von den Washingtoner Strategen benutzten Militärstützpunkten und den für die Monopolherren so verlockenden Aussichten auf unkontrollierte Ausbeutung der billigen spanischen Arbeitskräfte, interessieren sie sich für noch etwas anderes. In letzter Zeit bekundet die Überseepresse großes Interesse für Meldungen von reichen Uranvorkommen, die in Spanien entdeckt worden sind. Über die Ausbeutung dieser Vorkommen verhandeln bereits Vertreter der Industrie- und Finanzkreise der USA in Lissabon mit Emissären Francos.

Die Labourregierung steht in intensivem Handelsverkehr mit Francospanien. Der englische Export in dieses Land ist von 5,5 Millionen Pfund Sterling in den ersten neun Monaten des Jahres 1947 auf 10 Millionen Pfund Sterling in derselben Zeit des Jahres 1948 gestiegen. Das Blatt „Il Globo“ berichtet von einer Erweiterung des Handelsverkehrs zwischen Spanien und Italien. Mexiko nimmt die Lieferung von Erdölprodukten an Franco wieder auf. Im Dezember v. J. wurde auf Initiative der englisch-amerikanischen Vereinigten Export-Import-Agentur in Bizonien (Joint Export-Import Agency — JEIA) in Frankfurt a. M. ein Handelsabkommen mit Vertretern Francos abgeschlossen, das einen Warenaustausch zwischen Spanien und Bizonien im Werte von 22 Millionen Dollar vorsieht.

Franco seinerseits gibt sich jegliche Mühe, es seinen Wohltätern recht zu machen. Er ist bereit, das ganze Land an die ausländischen Imperialisten unter dem Hammer zu verkaufen. Vor kurzem prahlte der Madrider Rundfunk, Franco habe es „Auslandsfirmen so bequem wie möglich gemacht, in der Wirtschaft Spaniens Kapital zu investieren“.

In dem Bestreben, den Monopolherren der Wall Street und der City zu willfahren, führte Franco Ende Januar d. J. eine Abwertung der Peseta durch, was den spanischen Werktätigen zusätzliche Lasten aufbürdete. Als der franquistische Industrieminister diese Maßnahme bekanntgab, sagte er offen, der Kurs der Peseta werde zu dem Zweck beinahe um die Hälfte gesenkt, um zu ausländischen Kapitalanlagen in der Wirtschaft Spaniens anzuregen. Das bedeutet, daß die aus-

ländischen Monopolherren jetzt für ihre Lieferungen die doppelte Zahlung verlangen, selbst jedoch für spanische Waren nur die Hälfte zahlen werden. Charakteristisch ist, daß die Washingtoner Politiker damit noch nicht genug haben. Sie verlangen eine neue Abwertung der Peseta.

Franco, der gewöhnt ist, seinen Herren jeden Wunsch von den Augen abzulesen, schaltet sich schleunigst in den nächstfälligen Antisowjetblock ein. Vor allen Dingen erklärte er sich bereit, dem Nordatlantikpakt beizutreten, worüber bereits Verhandlungen gepflogen werden.

Die englisch-amerikanischen Imperialisten betrachten Franco als ihren treuen Verbündeten. Sie rechnen damit, daß das spanische Territorium als zuverlässiges Aufmarschgebiet für die Entfaltung ihrer volksfeindlichen Abenteuer dienen wird. Die regierenden Kreise der Westmächte führen jetzt eine Kampagne für die Aufhebung des Beschlusses der Generalversammlung über Spanien durch, in dem Wunsche, auf dem Weg zur offenen Eingliederung Francospaniens in den aggressiven Block, den sie zusammenzimmern, möglichst schnell die letzten Hindernisse fortzuräumen. Jetzt wurde Paul Culbertson, der Bevollmächtigte der USA in Madrid, dringend nach Washington berufen, wo er, nach den Worten der Agentur United Press, „mit hochgestellten Amtspersonen Washingtons konferieren soll“.

Aber die Gönner Francos haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das freiheitliebende spanische Volk, das die faschistische Diktatur haßt, hat sein Haupt vor den Imperialisten bisher nicht gebeugt und wird es auch künftig nicht tun; es wird sich nicht dazu hergeben, ihr blindes Werkzeug zu werden.

Immer stärker flammt der Partisanenkampf im Lande auf. Wie das Organ der Kommunistischen Partei Spaniens, „Mundo Obrero“, ausführt, „wird das spanische Volk niemals eine Waffe gegen die Sowjetunion in die Hand nehmen, denn die Feinde des spanischen Volkes befinden sich innerhalb des Landes“.

Im verflorbenen Jahrzehnt sind von der Hand der faschistischen Henker Tausende der besten Söhne des spanischen Volkes zugrunde gegangen. Hunderttausende von Kämpfern für die Demokratie schmachten in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Aber der grausame Terror ist nicht imstande, das Wachstum der demokratischen Kräfte des spanischen Volkes aufzuhalten. Geführt von den wahrhaften Kämpfern für die Freiheit und Unabhängigkeit Spaniens, schließen sie immer fester ihre Reihen.

Von der sogenannten deutschen Konkurrenz

M. GUSSJEW

1. Eine „Meuterei auf den Knien“

Im Januar d. J. erfuhren die Leser englischer Zeitungen von einer deutschen Konkurrenz, die den britischen Export auf den Weltmärkten ernstlich gefährde.

Am 21. Januar schrieb die „Daily Mail“, die britischen Industriellen seien sehr beunruhigt und verlangten von Wirtschaftsminister Stafford Cripps, die Regierung solle einschreiten, um den Export vor dem deutschen Dumping — der Ausfuhr künstlich zu billig gepreister Waren — zu schützen. Eine Abordnung von Industriellen, die für den Export produzieren, suchte auch Handelsminister Wilson auf und erklärte ihm, Westdeutschland konkurreiere auf den Weltmärkten mit vielen Zweigen der britischen Industrie: mit dem Bau von Maschinen für die Landwirtschaft und die Textilindustrie, mit dem Kraftwagenbau, mit der Erzeugung von Verbrennungsmotoren, verschiedenem Werkzeug sowie wissenschaftlichen und optischen Apparaten. Wilson sagte auf einer Pressekonferenz, die Konkurrenz deutscher Firmen werde „für England zu einem großen Problem“. „Times“, „Daily Telegraph and Morning Post“ und andere Blätter veröffentlichten eine Reihe Briefe der Vertreter von Industriefirmen mit Klagen darüber, daß die Exportpreise für westdeutsche Waren bedeutend niedriger als die englischen Preise seien und daß dieses Dumping auf die niedrigen Löhne zurückzuführen sei.

Es wurde nicht wenig Lärm gemacht. Dann aber trat plötzlich wie auf einen Wink mit dem Zauberstab eine radikale Veränderung ein.

General Robertson, der Militärgouverneur der britischen Besatzungszone Deutschlands, äußerte am 2. Februar auf einer Pressekonferenz in Frankfurt a. M., es sei notwendig, den Export aus Westdeutschland in jeder Hinsicht auszubauen, und die deutsche Konkurrenz sei völlig unvermeidlich. Eine Woche später, am 9. Februar, verkündete Handelsminister Wilson im Unterhaus, zur Aufregung und Beunruhigung sei kein Anlaß vorhanden, es sei notwendig, den Export Bizoniens zu erweitern und nur gegen solche Methoden des Welthandels anzukämpfen, „die anerkanntermaßen unlauter sind“; das Besatzungsstatut, das für Westdeutschland ausgearbeitet wird, soll den Militärgouverneuren Vollmacht für die Unterbindung „unlauteren Wettbewerbs“ erteilen.

Am selben Tage bestätigte Bevin Wilsons Erklärung und bemerkte, im Hinblick auf den Stahl-

und Kohlenexport aus Deutschland besitze die „internationale Körperschaft“, die auf der Grundlage des sogenannten Ruhrstatuts geschaffen wurde, Sonderrechte, so daß die britischen Industriellen und Exporteure keinerlei Grund zu Befürchtungen hätten.

Die britische „Meuterei auf den Knien“ war auf amerikanischen Befehl eingestellt worden.

General Clay verlächte auf einer Pressekonferenz die britischen Anschuldigungen wegen unlauterer Konkurrenz deutscher Waren mit den englischen und erläuterte, die deutschen Waren würden nicht zu Dumpingpreisen exportiert, sondern zu Preisen, die von den wirklichen Produktionskosten bestimmt werden. Er hob hervor, der Export aus Bizonien müsse bis auf 2 Milliarden Dollar im Jahr gebracht werden, daher sei die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten unvermeidlich.

Der Wirtschaftsberater General Clays, der Geschäftsmann Lawrence Wilkinson, erklärte, die Proteste der englischen Presse gegen ein angebliches deutsches Dumping dürften nicht ernst genommen werden. Die USA-Regierung sei mit dem Steigen der deutschen Exportquote zufrieden. Gemeinsam mit der Vereinigten Export-Import-Agentur werde die Militärregierung sich um eine weitere Steigerung des deutschen Exports bemühen.

Schließlich suchte der stellvertretende Leiter der Sondermission für die Erfüllung des Marshallplans in England Stafford Cripps auf und verlangte von ihm, die Kampagne der englischen Industriellen und der englischen Presse gegen den deutschen Export solle sofort eingestellt werden. Dem Befehl wurde Folge geleistet. Die von der englischen Presse angeschnittene Frage bleibt jedoch bestehen und verdient es, ernsthaft betrachtet zu werden.

2. Der koloniale und spekulative Export aus Bizonien

Nicht von einer Konkurrenz der deutschen Waren mit den britischen — einer wirklichen oder angeblichen — müßte die Rede sein. Die demokratische Öffentlichkeit der ganzen Welt ist daran interessiert, daß das Grundproblem der wirtschaftlichen Wiederherstellung eines friedlichen, demokratischen Deutschlands richtig gelöst wird. Die Frage des deutschen Außenhandels ist nur ein Teil dieses Problems.

Die Leitung des Außenhandels liegt in Westdeutschland in den Händen der berichtigten „JEIA“ (Joint Export-Import Agency [Vereinigte Export-Import-Agentur]) und ihres Generaldirektors, des amerikanischen Geschäftsmanns William John Logan*. Die Währungsbasis der Export- und Importoperationen der Westzonen Deutschlands ist der Dollar. Dies bedeutet, daß ihr Außenhandel faktisch ein Teil des amerikanischen Außenhandels ist.

Die nachfolgende Tatsache gibt hierüber bereits Aufschluß. Anfang März fanden in London Unterredungen zwischen Bizonien einerseits und England und dem Sterlingblock andererseits über den Handel und die Handelsbilanz statt. Bei diesen Verhandlungen wurde die Delegation Bizoniens von — dem Generaldirektor der JEIA, Logan, geführt.

Logan bestimmt die Richtung des deutschen Imports und Exports im Einklang mit den Richtlinien des Marshallplans, d. h. mit den Interessen der USA-Monopole. Vor kurzem wurde auf Sitzungen des Ausschusses für die Entwicklung des Handels beim Wirtschaftsausschuß für Europa erneut bestätigt, daß die USA dem Warenexport aus Westeuropa — darunter auch aus Westdeutschland — nach den osteuropäischen Staaten, sowie dem Warenimport aus diesen Ländern nach Westeuropa — auch nach Westdeutschland — Hindernisse bereiten. Statt auf gesunder Grundlage Waren mit den Ländern der Volksdemokratie und der Sowjetunion auszutauschen, namentlich aber Rohstoffe und Lebensmittel zu erhalten, ohne seine Zuflucht zu Dollars nehmen zu müssen, ist Westdeutschland gezwungen, Rohstoffe und Lebensmittel für Dollars einzuführen, wobei es gewaltige Verluste erleidet und immer tiefer in Dollarknechtschaft gerät.

Die JEIA bestimmte den Umfang des Imports für das laufende Jahr mit einer Milliarde Dollar. Die Dollarschuld Bizoniens hatte Ende des vorigen Jahres bereits 4 Milliarden überschritten. Die USA zwingen die deutschen Exporteure, Waren nur auf der Währungsbasis des Dollars zu verkaufen, und schränken dadurch die Zahl der Abnehmerländer künstlich ein. Selbst die amerikanische „Neue Zeitung“ mußte berichten, daß die westdeutschen Industriellen hierin eine Bedrohung des deutschen Exports erblicken,

„da immer mehr Staaten die ... notwendigen Dollarbeträge nicht mehr aufbringen können“.

Die von den amerikanischen Behörden festgelegte Richtung des Außenhandels der Westzo-

nen ist somit in wirtschaftlicher Hinsicht anomal und für Deutschland unvorteilhaft.

Die USA-Monopole bestimmen auch den Charakter dieses Außenhandels als eines typischen Kolonialhandels.

Die „Stuttgarter Zeitung“ brachte am 5. Februar Angaben, aus denen ersichtlich ist, daß der Export von Industrieerzeugnissen im vorigen Jahr nur 36,4 Prozent des westdeutschen Exports ausmachte. Fast zwei Drittel des bizonalen Exports entfallen auf Kohle, Schrott, Roheisen, Bauholz und einige andere Rohstoffe. Namentlich wächst der Schrottexport nach den USA sehr rasch an: von 105 500 Tonnen im Dezember 1948 ist er im Januar 1949 auf 150 300 Tonnen gestiegen.

Die USA-Monopole hindern den bizonalen Export von Industriewaren, die mit ihrem Export konkurrieren, und setzen für sie Exportpreise fest, die einem Exportverbot gleichkommen. Sie gestatten nicht, daß die Friedensindustriestrukturen, die Massenbedarfsartikel erzeugen, wiederverarbeitet und fortentwickelt werden; solche Waren wünschen sie selbst zu erzeugen und zu verkaufen. Deshalb befindet sich die Friedensindustrie in den Westzonen Deutschlands auf sehr niedriger Stufe und entwickelt sich fast überhaupt nicht. Nur das Wachstum derjenigen Industriezweige wird gefördert, die Rohstoffe und Brennstoff für den Export liefern und zum Rüstungsindustriepotential gehören.

Die britische „Meuterei auf den Knien“ hat das Augenmerk auf die Frage der Exportpreise für deutsche Waren gelenkt. Diese Preise werden von der allmächtigen JEIA bestätigt, die versichert, es handle sich keineswegs um Dumpingpreise, d. h. um künstlich zu tief angesetzte Preise. Professor Erhard, der Direktor der Verwaltung für die Wirtschaft Bizoniens, sagte am 9. Februar, zur Förderung des Exports würden weder getarnte Subsidien noch Exportprämien angewandt.

Eine unstrittige Tatsache ist der außerordentlich niedrige Stand der Löhne in Westdeutschland. Andererseits hat Westdeutschland riesige Besatzungsunkosten zu tragen. Der „Economist“ setzte sie Ende v. J. mit 3,5—5 Milliarden Mark jährlich an. Robertson erklärte kurz darauf, daß sie 1949 bedeutend erhöht werden würden. Diese Riesensumme lastet als schwere Bürde zu einem gewissen Teil auch auf den Produktionsunkosten. In den Westzonen Deutschlands wird den Inhabern von Betrieben, die abmontiert werden, eine Entschädigung ausbezahlt. Auf welchem finanziellen Wege diese Operation auch immer durchgeführt wird, es entfallen kolossale Summen auf die Bilanz der in Betrieb befindlichen Unternehmen und erhöhen die Unkosten für die laufende Produktion. In Westdeutschland wird auf

* Siehe Ausführlicheres über diese Organisation in der „Neuen Zeit“, Nr. 9 vom 23. Februar d. J.

die Aktien einer Reihe von Industriebetrieben für die Jahre 1940—1944 eine 6prozentige Dividende ausgeschüttet. Dies führt zu einer weiteren Steigerung der Produktionsunkosten. Schließlich werden, wie schon gesagt, die eingeführten Rohstoffe bedeutend verteuert.

Aus allem diesem geht hervor, daß erstens der niedrige Stand der Löhne in Bizonien keineswegs den Hauptfaktor bildet, der für die Produktionsunkosten und die Preisbildung für Exportwaren ausschlaggebend ist, und daß zweitens die Produktionsunkosten infolge unproduktiver Ausgaben hoch sind, durch die sich die amerikanischen und deutschen Monopolherren bereichern und die auf die ohnehin schon niedrigen Löhne und den niedrigen Lebensstandard der westdeutschen Arbeiter drücken.

Es muß noch auf eine Besonderheit des heutigen bizonalen Exports hingewiesen werden, auf den gigantischen Umfang des Schmuggels. Wie General Clay bekanntgab, wurden von einer im vorigen Jahr organisierten Schmugglerbande für 200 Millionen Dollar Photoapparate, Mikroskope, Meßinstrumente und ähnliche Erzeugnisse aus den Westzonen hauptsächlich nach der Schweiz geschafft. Gegen Ende Januar wurden mehr als 200 Mitglieder der Bande verhaftet, in der Hauptsache amerikanische Militärs und Zivilpersonen.

Somit machte der Schmuggel im vorigen Jahr fast ein Drittel des gesamten bizonalen Exports aus. Die Schmuggler überschwemmten die Märkte gerade mit den Waren, über deren Konkurrenz sich die englischen Industriellen beklagten. Die Organisatoren dieses Busineß waren amerikanische Geschäftsmacher.

Die Tatsachen sprechen also dafür, daß das Problem der sogenannten deutschen Konkurrenz für England daraus resultiert, daß die USA-Monopole und ihre JEIA dem deutschen Export typisch kolonialen und spekulativen Charakter verliehen haben und den Außenhandel der Westzonen Deutschlands zur ökonomischen Knechtung und Ausplünderung Westdeutschlands sowie zur Ausführung ihrer Pläne für die Versklavung Europas ausnutzen.

3. Der Streit zwischen Amerika und England um die Beute

Der Kampf zwischen den amerikanischen und den britischen Monopolen wegen des deutschen Exports besteht seinem Wesen nach darin, daß jeder dieser beiden Partner und Konkurrenten den Außenhandel Westdeutschlands auf seine Weise und in seinen eigenen Interessen auszunutzen wünscht.

Für die USA ist der Außenhandel Bizoniens ein Teil ihres eigenen Außenhandels. USA-Monopole sind bereits Inhaber und Mitinhaber eines bedeu-

tenden Teils der deutschen Konzerne und Truste. Sie betreiben in immer größerem Umfange eine Politik direkter Kapitalanlagen, die deutscherseits von Schacht, amerikanischerseits von der Landesassoziation der Industriellen ausgearbeitet wurde. Die westdeutsche Presse berichtete Ende Januar d. J. von diesbezüglichen Streitigkeiten zwischen den USA und England. Englischerseits ist man der Meinung, das USA-Kapital müsse sich auf seine Vorkriegsinvestitionen beschränken, die USA aber erklären, daß sie auch weiterhin große Summen in der Industrie Westdeutschlands anlegen werden. Diese Streitigkeit ist eigentlich auch die Grundlage der britischen „Meuterei auf den Knien“ gegen die deutsche Konkurrenz. Denn die bereits bestehende oder in Zukunft drohende Konkurrenz ist keine deutsche, sondern eine amerikanisch-deutsche Konkurrenz.

Laut Meldung der englischen Wochenschrift „Tribune“ hat Paul Hoffman Ende Januar erklärt, die Frage der Konkurrenz sei durch Konzentrierung der Produktion der verschiedenen Waren in solchen Ländern zu lösen, die „hierfür am geeignetsten sind“. Hoffman führt mit Hilfe des Marshallplans eben diese Konzentrierung durch und zwingt eine Gruppe von Ländern, die einen Industriezweig einzuschränken, andere Länder zwingt er zur Einschränkung anderer Industriezweige. Für Westdeutschland ist eine besondere „Spezialisierung“ festgesetzt: die Rüstungsproduktion kommt in erster Linie, dann die Erzeugung solcher Waren, die den amerikanischen Waren keine Konkurrenz bieten, mit den britischen jedoch konkurrieren werden.

Die englischen Monopole stehen natürlich auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Im „Economist“ wurde am 20. November v. J. ein Projekt zur Schaffung eines neuen Stahlkartells aufgestellt, das das Hüttenwesen ganz Westeuropas einschließt und gemäß dem Westdeutschland Stahl liefern soll, der in — britischen Werken zu Waffen für die Westliche Union zu verarbeiten sei. Die USA-Monopole ziehen jedoch vor, daß dieser Stahl in den ihnen gehörenden Werken Westdeutschlands verarbeitet wird!

Die englischen Monopole haben ein Programm für die Erweiterung ihres Exports nach den übrigen Ländern Westeuropas ausgearbeitet. Die USA-Monopole ziehen es jedoch vor, Europa mit Waren zu überschwemmen, die in amerikanisch-deutschen Betrieben hergestellt werden, wobei sie sich den bestehenden Tiefstand der Löhne zunutzen machen.

Auf diesem Wege beabsichtigen sie im Hinblick auf die Länder Westeuropas das zu verwirklichen, was Schacht unter dem Hitlerregime für die

Länder Südosteuropas anstrebe, nämlich ihre ökonomische Versklavung, die Drosselung ihrer Industrie und Bestimmung über ihren Außenhandel nach eigenem Ermessen.

Die englischen Monopole möchten die Situation wiederherstellen, die im März 1939 bestand, als sie in Düsseldorf ein Abkommen mit den deutschen Monopolen abschlossen über die Kartellierung des Außenhandels der beiden Länder durch Festsetzung vereinbarter Exportpreise und gemeinsame Bekämpfung der Konkurrenz bieten- den Länder, darunter der USA.

Die britischen Monopole, denen dies als Ziel einer „auf weite Sicht berechneten Politik“ vorschwebt, verfolgen auch ein näherliegendes, unmittelbares Ziel, wenn sie sich über die deutsche Konkurrenz aufregen. Dies Ziel hat die „Times“ in ihrem Artikel vom 29. Januar verraten. Das Blatt nannte es einen „gefährlichen Irrtum“, anzunehmen, der deutschen Konkurrenz lägen der Tiefstand der Löhne in Westdeutschland, Subsidien und Exportprämien zugrunde. Die „Times“ behauptet, die deutschen Waren könnten hauptsächlich deshalb erfolgreich mit den britischen konkurrieren, weil die deutsche Industrie wirksamere Produktionsmethoden anwende als die englische, und fordert die britischen Industriellen auf, die Arbeitsproduktivität und Leistungsfähigkeit der Betriebe zu steigern.

Das nächstliegende Ziel der britischen Monopole ist also ein weiterer Druck auf die Arbeiterklasse unter dem beliebten Vorwand der Notwendigkeit einer Hebung der Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie.

Stafford Cripps hat die „Einfrierung“ der Löhne, d. h. die weitere Senkung des Lebensstandards der englischen Arbeiter, zum Eckstein seines Programms für das laufende Jahr gemacht. „Daily Telegraph and Morning Post“ verlangte in einem Kommentar zu dem Bericht von Cripps kategorisch, man solle sogar Gespräche über Lohnerhöhung verbieten, und das Blatt forderte ebenso energisch Aufhebung der Gewinnsteuer unter dem Vorwand, sie „hemme“ Kapitalanlagen in der Industrie.

Aus diesen und ähnlichen Tatsachen geht hervor, weshalb die britischen Monopole ein Geschrei über die niedrigen Löhne in Deutschland angestimmt haben. Sie schlagen keineswegs vor, die Löhne zu erhöhen. Im Gegenteil, die britischen Monopolherren und ihre Labourkreaturen sind an einer weiteren Senkung des Lebensstandards in Westdeutschland als an einem Mittel interessiert, mit dessen Hilfe man den Lebensstandard der englischen Arbeiter senken kann.

Der Streit zwischen den englischen und den amerikanischen Monopolen geht darum, welcher

Anteil des Gewinns aus der Ausbeutung der Werk-tätigen Westdeutschlands und aus ihrer wirtschaftlichen Versklavung den einen und dem andern zufallen soll. Alles spricht dafür, daß in diesem Streit der Vorteil auf der Seite der USA-Monopole ist. Die Zunahme des amerikanisch-deutschen Exports aus Bizonien kann in nächster Zeit nicht eine mutmaßliche, sondern eine reale Gefahr für den englischen Handel werden. In dieser Voraussicht sind die englischen Monopolherren schon vorher bereit, sich mit ihrem Seniorpartner gütlich zu einigen.

4. Worin liegt die wahre Lösung des Problems?

Dieser Konflikt zwischen dem Senior- und dem Juniorpartner bei der Knechtung Westdeutschlands und ganz Westeuropas ist deshalb interessant, weil er die inneren unlösbaren Widersprüche des Marshallplans als Ganzem erneut bloßlegt.

Der Kampf findet nicht nur zwischen England und den USA statt. Den Ländern Westeuropas drohen beide Varianten des Plans, die amerikanische und die britische, mit der Drosselung ihrer Industrie durch Waren, in einem Falle durch britische und britisch-deutsche und im anderen durch amerikanisch-deutsche. Die Störung der naturgegebenen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen West- und Osteuropas bedeutet für Westdeutschland wie für die anderen marshallisierten Länder große Schwierigkeiten und Katastrophen.

Das Problem des deutschen Exports und Imports rührt wesentlich an die Interessen ganz Europas, da die deutsche Wirtschaft bedeutenden Anteil an der Beseitigung der wirtschaftlichen Folgen der Hitleraggression nehmen muß und nehmen kann. Diese Hilfe ist in den epochenmachenden Beschlüssen von Potsdam und Jalta vorgesehen. Die Wiedergeburt der deutschen Friedenswirtschaft auf Grundlage restloser Entmilitarisierung des Landes und Demokratisierung seiner gesellschaftlichen und politischen Beschaffenheit — das ist der Weg einer für Deutschland und ganz Europa zuträglichen und fruchtbringenden Lösung des Problems des deutschen Exports.

Der Außenhandel der Westzonen Deutschlands muß aufhören, ein Teil des amerikanischen Außenhandels zu sein. Das amerikanisch-britische Diktat als Methode zur Lösung wirtschaftlicher Probleme Westdeutschlands muß ein Ende nehmen.

Kurz, die jetzigen für Deutschland und Westeuropa schädlichen Formen und Methoden der von den USA diktierten Lösung aller deutschen Probleme, darunter auch der Exportprobleme, müssen der Politik von Jalta und Potsdam weichen, die die Sowjetunion durchführte und auch jetzt durchführt, für die sie eintrat und auch jetzt eintritt.

Das Eindringen der USA in Afghanistan

J. ARTAMONOW

MEHHR als zehntausend Kilometer trennen Afghanistan von den USA. Die überseeischen Expansionisten aber übergehen dieses von der amerikanischen Küste so entfernte Land nicht mit ihrer Aufmerksamkeit. Eine immer größere Anzahl militärischer und politischer Kundschafter der USA-Monopole strebt diesem Winkel Asiens zu, der an die Sowjetunion, Pakistan, Indien, China und Iran grenzt.

Im Dezember v. J. schrieb die Zeitschrift „United States News and World Report“:

„Das amerikanische Interesse für dieses rauhe Land an der Schwelle Rußlands scheint also etwas sonderbar. Aber die Tätigkeit der USA nimmt fast mit jedem Tag zu. Diese Tätigkeit wird von der afghanischen Regierung offen gefördert. USA-Diplomaten kamen zum erstenmal vor 6 Jahren in dieses Land. Jetzt, unter der Leitung des Botschafters E. E. Palmer, sind sie die meistbeschäftigten aller Diplomaten in Kabul.“

Da die regierenden Kreise Afghanistans merken, daß die Aktivität der USA-Diplomaten in Kabul nicht nur etwas „befremdlich“, sondern auch verdächtig erscheinen kann, hielten sie es für angebracht, mit Erläuterungen hervorzutreten. Die in Kabul erscheinende Zeitung „Anis“ brachte am 3. Februar d. J. einen Leitartikel, in dem versucht wurde, das imperialistische Wesen der USA-Politik in Afghanistan sowie die Tatsache zu bemängeln, daß die regierenden Kreise des Landes dieser Politik Vorschub leisten. Die Zeitung versichert:

„Weder Amerika noch irgendein anderer Staat üben auf die Angelegenheiten Afghanistans einen Einfluß aus... Was jedoch den Handel mit den USA und die Hinzuziehung amerikanischer Fachleute zum Bauwesen betrifft, so hat das keinerlei besonderen und noch weniger monopolistischen Charakter.“

Entsprechen jedoch diese Versicherungen des Kabuler Blattes den Tatsachen? Sind die amerikanischen Vertreter, die die Gewohnheit haben, alles auf der Welt durch ein militärstrategisches Prisma zu sehen, wirklich als friedliche Kaufleute nach Afghanistan gekommen?

Die Ausfuhr der USA nach Afghanistan nimmt jahraus, jahrein zu. In der Regel wird Schundware ausgeführt: Seiden- und Wollstoff schlechter Qualität, billige Galanteriewaren, Parfümerien, abgelegte Kleidungsstücke. Die Überschwemmung des afghanischen Markts mit diesen Erzeugnissen hat die Position der Handwerker und Gewerbetreibenden schon ernstlich erschüttert, sie sind gezwungen, ihre Werkstätten zu

schließen und ihr Gewerbe an den Nagel zu hängen. Gleichzeitig sind die USA durch ihre Handelsvertretung in Kabul bemüht, sich das Monopol im Ankauf einheimischer landwirtschaftlicher Rohstoffe wie Persianer und anderer Rauchwaren sowie Wolle zu verschaffen, die die Grundlage des afghanischen Exports bilden. Achtzig Prozent dieses ganzen Exports erwiesen sich in den Händen amerikanischer Firmen. Dies hat die Wirtschaft des Landes zu einem Spielball des Auslandskapitals gemacht. Unter Ausnutzung ihrer Sonderstellung unternahmen die amerikanischen Geschäftemacher spekulative Manipulationen mit afghanischem Persianer. Sie suchten wiederholt den Preis von 150 auf 68 Afghan durchschnittlich pro Fell zu drücken oder stellten demonstrativ den Ankauf ein, wodurch sie den einheimischen Handelsvereinigungen großen Schaden zufügten und sie sich unterordneten.

Unter USA-Kontrolle gerieten allmählich nicht nur der Außenhandel, sondern auch andere Wirtschaftszweige Afghanistans. Amerikanische Ratgeber hatten bei dem sogenannten Wirtschaftsplan, den der Wirtschaftsminister Abdul Madschid-Chan ausarbeitete, ihre Hand im Spiel. Der Plan, in dem weitgehende Beteiligung amerikanischen Kapitals und amerikanischer Fachleute in Aussicht genommen ist, sieht hauptsächlich den Bau von Überlandstraßen sowie Telefon- und Telegraphenleitungen mit strategischer Bedeutung vor.

Afghanische Politiker sind häufig in Washington zu Gast. Ministerpräsident Sardar-Schach Mahmud-Chan brachte 1947 etwa 6 Monate in den USA zu. Im Juli v. J. fuhr Wirtschaftsminister Abdul Madschid-Chan nach Washington. Nach ihm unternahm der ehemalige Ministerpräsident Mohammed Haschim-Chan eine ebensolche Pilgerfahrt. Aus den USA wiederum trifft ein Gegenstrom aller möglichen „Fachleute“ und Geschäftemacher in Afghanistan ein.

Namentlich das afghanische Erdöl lenkt das Augenmerk der amerikanischen Busineßleute auf sich. Schon 1936 unterzeichnete die Erdölfirma Inland Exploration Company einen Vertrag mit Afghanistan über die Ausbeutung der Erdölvorkommen im Bezirk Herat, unweit der Sowjetgrenze. Zwar wurde der Vertrag 1938 gelöst, aber das Interesse der USA für diesen Bezirk ist, offenbar wegen dessen strategischer Lage, nicht erkaltet. Im Jahre 1944 traf in Kabul als Militärattaché

der amerikanischen Mission der Geologe Ernest E. Fox ein, der schon früher Untersuchungen über Erdölvorkommen in Afghanistan angestellt hatte. Bald darauf begannen Verhandlungen über Gewährung einer Konzession in Nordafghanistan an die USA. Gleichzeitig wurden Untersuchungen über Erdöl- und Kohlevorkommen in den Bezirken Andchoi, Chanabad u. a. vorgenommen.

Wie weit sich die kolonisatorische Tätigkeit der USA-Vertreter in Afghanistan während der letzten Jahre fortentwickelt hat, zeigt eine Meldung des Teheraner Blattes „Kiyam-e Iran“ vom 1. Februar d. J. Es heißt dort, der König von Afghanistan, Mohammed Sahir-Schah, und die afghanische Regierung hätten Vorschläge gebilligt, die im Laufe der Verhandlungen mit den USA-Vertretern zustande gekommen seien. Diesen Vorschlägen gemäß

„werden die Erdölvorkommen im Bezirk Tirpul, westlich von Herat, ferner die Gold- und Silbervorkommen im Bezirk Darinur unweit Kandahar und schließlich die Chromerzvorkommen im Bezirk Logar in Konzession gegeben. Die Konzession erhält die USA-Firma Morrison Knudson Company, die schon vorher provisorische Untersuchungen in den erwähnten Bezirken vorgenommen hatte. Außerdem wird der Morrison Knudson Company laut erzielter Vereinbarung das Recht eingeräumt, in Afghanistan zwei Flugplätze anzulegen.“

Alles läßt darauf schließen, daß die Anlegung amerikanischer Luftflottenstützpunkte in Afghanistan womöglich das Hauptobjekt der Gelüste der USA ist. Schon im Februar 1947 schloß die amerikanische Luftfahrtfirma Transcontinental and Western Air, Incorporated, mit der afghanischen Regierung einen Vertrag über die Gründung einer afghanisch-amerikanischen Luftfahrtgesellschaft. Die amerikanische Firma bekam das Recht, Flugplätze auf afghanischem Territorium zu bauen und auszustatten, sowie Flugzeuge zu liefern. Sie hat auch die Kontrolle über die Tätigkeit der afghanisch-amerikanischen Luftfahrtgesellschaft inne und stellt Ingenieure und technisches Personal für die Flugplätze.

In letzter Zeit tauchten in der Presse Meldungen über eine beabsichtigte USA-Anleihe von 250 Millionen Dollar an die afghanische Regierung auf. Das Teheraner Blatt „Kiyam-e Iran“ schreibt in diesem Zusammenhang, amerikanische Geschäftsleute verlangten unzweideutig, daß diese Mittel für den Bau strategischer Landstraßen in den an die Sowjetunion und Indien grenzenden Bezirken verwandt werden. Diese Straßen werden unter Aufsicht von 300 amerikanischen Ingenieuren und Technikern angelegt werden.

Der Bau strategischer Straßen wird in Afghanistan bereits in einem Umfang betrieben, wie er den Bedürfnissen dieses Landes offensichtlich nicht entspricht. Er ist ausschließlich von den aggressiven Absichten der USA diktiert. Augenblicklich

sind allein im Bezirk Kandahar, wo eine Überlandstraße von Tschaman nach Kandahar angelegt wird, sowie auf der Strecke Kabul—Dschelalabad etwa 250 amerikanische Fachleute beschäftigt.

Die USA-Monopole, die eigennützige militärische und politische Ziele verfolgen, haben den Bau eines Wasserkraftwerks in Sarubi, eines Damms unweit von Kabul und eines Bewässerungskanals am Fluße Hilmend an sich gerissen.

Der Grenzfluß Hilmend bewässert an seinem Unterlauf das ausgedehnte Territorium Iranisch-Seistans. Im Zusammenhang mit dem im amerikanischen technischen Projekt vorgesehenen neuen Wasserverwertungsregime des Hilmend haben sich die Aussichten für die mit künstlicher Bewässerung betriebene Landwirtschaft im iranischen Teil Seistans kraß verschlechtert. Ein bedeutender Teil iranischen Territoriums wird bei Entziehung des Hilmendwassers zu chronischer Dürre verurteilt sein. Die Urheber des Kanalprojekts haben sich die Möglichkeit gesichert, auch afghanische Gebiete, die von diesem Fluß abhängen, auf eine Wasserration zu setzen, die gerade groß genug ist, sie nicht ganz verdursten zu lassen.

Der noch nicht fertiggestellte Kanal ist schon jetzt ein Zankapfel zwischen Afghanistan und Iran. Im Sommer 1947 wurde in Iran die Forderung laut, die Frage des Kanals der UNO zur Erörterung zu unterbreiten.

Das ganze schlaue Unternehmen, das die USA-Imperialisten unter der Flagge der „Hilfe“ an ein rückständiges Volk betreiben, wird offenkundig für die ungenierte Ausübung eines politischen Drucks ausgenutzt. Um den USA die Stellung des obersten Schiedsrichters zu sichern, wurde in Washington beschlossen, eine sogenannte Kommission zur Regelung der Hilmendfrage aus Vertretern dreier neutraler Länder zu bilden, die von der USA-Regierung zu bestimmen sind. Infolge der Einmischung Washingtons ist der Streit zwischen Afghanistan und Iran bisher nicht beigelegt. Die USA versprechen bald der einen, bald der anderen Seite ihren Beistand und suchen jedesmal von beiden an den Wasserressourcen des Hilmend interessierten Ländern entsprechende Zugeständnisse für sich selbst herauszuschinden.

Dies ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie teuer die amerikanischen „Hilfe“ den Völkern Afghanistans und Irans zu stehen kommt.

Die amerikanischen Pläne, das politische und ökonomische Leben Afghanistans völlig Washington unterzuordnen, stoßen auf die Rivalität Englands, das in diesem Lande noch immer über starke Positionen verfügt. Die englischen Imperialisten bemühen sich, unter Ausnutzung der Nähe Pakistans mit dessen Hilfe ihre Interessen in Afghanistan zu wahren. Um die afghanische



Regierung unter Druck zu setzen, benutzten die englischen Behörden vor kurzem sogar Methoden wie die Aufhaltung von Afghanistan gehörigen Transitgütern an der Grenze. Auf diese Weise hat man den Machthabern in Kabul eine Reihe von Zugeständnissen abgepreßt. In dem Versuch, die USA-Firmen zu verdrängen, erreichte die englisch-indische Engineers of India Company im Jahre 1947, daß ihr ein großer Bauauftrag in der Ostprovinz und in der Provinz Kabul erteilt wurde.

Das gleiche Bild scharfen Konkurrenzkampfs zwischen den beiden imperialistischen Partnern war gelegentlich der Unterzeichnung des Vertrags über die Einrichtung von Luftverkehrslinien in Afghanistan durch die amerikanische Luftfahrtgesellschaft Transcontinental and Western Air, Incorporated, zu beobachten. England benutzte die erprobte Methode der Druckanwendung und erhielt gleich nach der amerikanischen Firma von der afghanischen Regierung eine Konzession auf die Luftverkehrslinien Kabul—Peschawar und Kandahar—Karatschi. Interessant ist, daß die Verhandlungen über diese Frage durch eine vorgeschobene indische Delegation geführt wurden.

Die englisch-amerikanischen Expansionisten schenken der afghanischen Armee besondere Beachtung, sie weisen ihr in ihren Plänen eine wesentliche Rolle an. Die „Daily Mail“ teilte schon 1946 mit, England beliebere Afghanistan mit Heeresgut, z. B. mit Flugzeugausrüstungen, es

bilde in Indien afghanische Offiziere aus. Es hieß weiter, daß dies alles zu „günstigen Bedingungen“ geschehe.

Zu gleicher Zeit legt England auf dem Territorium Pakistans, auf dem an Afghanistan grenzenden Landstreifen, Militärstützpunkte an. Derartige Maßnahmen, die als Handhabe zu politischer Erpressung dienen, bezwecken eine noch schärfere Scheidung der Afghanen und der ihnen verwandten Pathanen, die das an Afghanistan grenzende Territorium des englischen Dominions bewohnen.

Es gibt buchstäblich keine einzige Sphäre im Leben Afghanistans, die von dem englisch-amerikanischen Vordringen unberührt bliebe. In letzter Zeit entfalten amerikanische Residenten große Betriebsamkeit in der „ideologischen Bearbeitung“ der Afghanen. In den Elementarschulen und in den Colleges ist englischer Sprachunterricht eingeführt und aus diesem Anlaß eine große Anzahl amerikanischer Lehrer nach Afghanistan geschickt worden. Das Kabuler Habibia College hat man zu einer Brutstätte amerikanischer Agenten gemacht. Afghanen, die dieses College absolvieren, haben die Möglichkeit, bei amerikanischen Firmen beschäftigt oder zur Vervollständigung ihrer Bildung in die USA geschickt zu werden. USA-Universitäten haben bereits die ersten 25 afghanischen Studenten aufgenommen.

Im Kabuler Lichtspielhaus werden fast ausschließlich amerikanische Filme gezeigt. Die in der Hauptstadt erscheinenden Zeitungen „Islah“

und „Anis“ bringen mit größtem Eifer propagandistische Schriften amerikanischer und englischer Agenturen, der Associated Press und Reuter, zum Abdruck. Diese Blätter stellen ihre Spalten dienstbeflissen für Leitartikel zur Verfügung, in denen die Politik des Dollars und die angeblich „überwältigende Kraft“ der Atombomben gepriesen wird.

Die Geschäftemacher der Firma Morrison Knudson Company tun sich durch ihre Aktivität in Afghanistan besonders hervor. Die Firma nimmt des Englischen mächtige Afghanen in ihren Dienst und ist zu einer Art Schule geworden, die einheimische Jugendliche zu amerikanisierten Kräften heranzubildet. Sie werden im Geiste der Anbetung des amerikanischen Systems und der Anpreisung seiner „Vorzüge“ erzogen. Aber die Firma Morrison Knudson Company bildet keine Ausnahme. Wie Wirtschaftsminister Abdul Madschid-Chan erklärte, hat die afghanische Regierung Verträge mit den amerikanischen Behörden über die Heranziehung einer neuen großen Gruppe von Fachleuten — Agronomen, Lehrern, Militärinstrukteuren und Ingenieuren — abgeschlossen. Für die Ministerien für Bergbau, Volkswirtschaft, Landwirtschaft, das Finanzwesen und

das Bildungswesen sollen zusätzliche „Ratgeber“ eintreffen.

Unter Hinweis auf die zunehmende Aktivität des USA-Imperialismus in Afghanistan schrieb die iranische Zeitschrift „Rasm“ am 22. September v. J.:

„Die Politiker des Dollars machen sich die Nachgiebigkeit der regierenden Kreise Afghanistans zunutze und haben es unter dem Vorwand der Rekonstruktion und Förderung sowie mit Hilfe von Korporationen wie der Firma Morrison Knudson Company vermocht, Afghanistan noch fester zu umstricken. Diese und andere USA-Firmen sind um des politischen Nutzens willen in Afghanistan eingedrungen, auch wenn sie dort eine Reihe sogenannter wirtschaftlicher Maßnahmen treffen.“

Die USA-Expansionisten legen es offenkundig darauf an, Afghanistan zu einem Glied in der Kette militärischer Stützpunkte zu machen, die sie in der ganzen Welt anlegen, um mit deren Hilfe ihre hirnverbrannten Pläne für eine gewaltsame Aufrichtung der Weltherrschaft auszuführen. Die Tatsache, daß dieses System Gebiete umfaßt, die zehntausend Kilometer von den USA entfernt liegen, enthüllt den aggressiven imperialistischen Charakter der amerikanischen Pläne. Die afghanischen Machthaber, die diesen Plänen Vor-schub leisten, gefährden die Zukunft Afghanistans.

Internationale Umschau

(Notizen)

CHARAKTERISTISCHE GESTÄNDNISSE

Der amerikanische Journalist John Gunther veröffentlichte am 15. März in der Zeitschrift „Look“ einen Artikel, der die Politik Washingtons in der deutschen Frage noch mehr ins Licht setzt. Gunther sucht diese Frage in ihrer Gesamtheit zu umreißen, in seiner Beurteilung der sowjetischen Politik wiederholt er jedoch nur die schablonenhaften Vorspiegelungen der reaktionären Propaganda. Dafür entbehrt das, was er hinsichtlich des Wirtschaftens von General Clay zugibt, nicht des Interesses.

Gunther beschuldigt die amerikanische Politik in Deutschland, „zögernd, konfus und widerspruchsvoll“ zu sein. Er zitiert einen Witz, den er in Frankfurt a. M. gehört hat:

„Wir wissen nicht, was wir mit Deutschland anfangen sollen, weil wir uns noch nicht entschieden haben, ob wir den vorigen Krieg oder den nächsten gewinnen möchten.“

In seiner Erläuterung schreibt Gunther, der Witz sei folgendermaßen zu verstehen:

„Haben wir es mit unseren früheren Feinden oder mit unseren künftigen Verbündeten zu tun?“

Weiter spricht Gunther über die amerikanischen Militärs, die offen erklären:

„Deutschland kann gut ein nützlicher Verbündeter im Falle eines Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion sein.“

Er berichtet von „kriegerischen Stimmungen unter den Amerikanern“, die, wie er sagt,

„über eine sofortige Mobilisierung von zwei Millionen Deutschen als ‚unserem‘ Menschenmaterial gegen die Sowjetunion gesprochen haben und über die Folgen meinten: zum Teufel mit ihnen!“

Gunther kommt auf die sogenannte Berliner Frage zu sprechen und faßt den Standpunkt der amerikanischen Imperialisten folgendermaßen zusammen:

„Wenn wir Berlin verlassen, dann werden wir faktisch Europa verlassen, und der ganze Marshallplan kann dann in den Abgrund fliegen. Denn gingen wir fort, so kämen die meisten Europäer zu dem Schluß, die Amerikaner hätten sie im Stich gelassen, und es bliebe ihnen nichts anderes übrig, als sich mit Moskau zu einigen.“

„Sich mit Moskau zu einigen“ ist das Fürchterlichste, was sich die amerikanischen Imperialisten, die den Kurs Washingtons in der deutschen Frage bestimmen, vorstellen können. Ihr Ziel ist es, mit beliebigen Mitteln, um jeden Preis eine friedliche Regelung der europäischen Probleme zu vereiteln. Zu diesem Zweck betreiben sie in Deutschland eine provokatorische Politik, zu diesem Zweck stellen sie den deutschen Militarismus wieder her.

Das ist der Schluß, der sich aus den herausgerutschten Geständnissen des amerikanischen Journalisten ergibt.

EIN DEMENTI, DAS NICHTS DEMENTIERT

Auf die Notiz „Die italienische Regierung führt amerikanische Befehle aus“, die in Nr. 12 unserer Zeitschrift vom 16. März erschienen ist, hat die halbamtliche italienische Agentur ANSA nicht gezögert, ein kategorisches Dementi loszulassen. Diese Agentur verbreitete folgende Meldung:

„In offiziellen Kreisen wird erklärt, die in der ‚Neuen Zeit‘ enthaltenen Behauptungen entsprächen nicht der Wirklichkeit und stünden im Widerspruch zu dem Streben der italienischen Regierung nach einer Entwicklung des Handelsaustauschs mit den Ländern Osteuropas.“

Wie wir sehen, ein Dementi, das ebenso kategorisch wie unstichhaltig ist. In der Notiz, die die ANSA widerlegen will, wurde darauf hingewiesen, daß die Machthaber Italiens den wirtschaftlichen Interessen ihres Landes Abbruch tun, indem sie sklavisch amerikanischen Direktiven folgen, die den Handel mit den Ländern Osteuropas im Grunde verbieten. Diese Feststellung wurde in der Notiz mit Tatsachen belegt, die auch in der italienischen Presse angeführt worden waren. Als eins der Beispiele wurde auf die Ansaldo-Werke hingewiesen, die in einer kritischen Lage sind, weil sie für ihre Erzeugnisse keinen ausreichenden Absatz finden, während in den Ländern Osteuropas nach diesen Erzeugnissen Nachfrage besteht.

Die ANSA sucht in ihrer Meldung weder diese noch andere Tatsachen zu widerlegen, und sie kann es auch gar nicht. Um so weniger, als laut einer neuen Meldung der italienischen Presse Regierungsvertreter im Verwaltungsrat der Ansaldo-Gesellschaft kategorisch verlangt haben, daß sofort 4500 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen. Dies ist nur ein zusätzlicher Pinselstrich zur Verdeutlichung des Gesamtbilds der Stilllegung einer Reihe großer Industriebetriebe, die in Italien den USA-Monopolen zu Gefallen vorgenommen wird.

In der Notiz, die die italienische Agentur zu widerlegen sucht, war ein Rundschreiben des Industrie- und Handelsministers, des Saragatmanns Ivan Matteo Lombardo angeführt, der seinen Untergebenen vorschrieb, Angelegenheiten, die mit dem kürzlich geschlossenen italienisch-sowjetischen Abkommen zusammenhängen, nicht „über-eilt“ zu bearbeiten. Wollen die „offiziellen Stellen“ diese skandalöse Tatsache etwa leugnen? Durchaus nicht! Denn ein solches Rundschreiben existiert wirklich. Und geschrieben wurde es natürlich nicht durch Zufall.

Bekanntlich hat die USA-Regierung im Februar d. J. an alle marshallisierten Länder die Forderung gerichtet, den Handel mit der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas noch rigoroser einzuschränken. Hiervon schrieben offen amerikanische und englische Zeitungen (z. B. „New York Herald Tribune“ und „Times“). Von einer solchen Forderung machte der schwedische Außenminister offiziell Mitteilung. In der schwedischen Öffentlichkeit rief sie Entrüstung hervor. In Italien nahmen „offizielle Kreise“ sie mit Bereitschaft entgegen. Offen davon sprechen, können sie selbstverständlich nicht. Denn ein solches Geständnis hieße zugeben, daß sie die Interessen des Landes verraten.

Das plumpe Dementi der ANSA ist keineswegs von dem Bestreben diktiert, die Wahrheit festzustellen und die Beziehungen zu den Ländern Osteuropas zu verbessern. Es ist nur ein lendenlatter Versuch, die diskreditierten Machthaber Italiens vor der Bevölkerung dieses Landes zu rechtfertigen.

DER KATZENJAMMER DER HOLLÄNDISCHEN IMPERIALISTEN

Die holländischen Imperialisten erleiden in Indonesien Niederlagen. Die Republikanische Armee geht zur Taktik des Partisanenkampfs über und kämpft gegen die Landräuber. Riesige Gebiete des Landes — vornehmlich auf Java — werden von den republikanischen Behörden kontrolliert. In den Bezirken Malang, Surakarta und Sukabumi führen die Partisanenabteilungen hartnäckige Kämpfe. Die von den holländischen Truppen besetzte Hauptstadt der Republik, Djokjakarta, wird systematisch von Einheiten der Partisanen angegriffen. Einheiten republikanischer Truppen, die von dem bekannten indonesischen General Sudirman befehligt werden, schneiden dem Feind die wichtigsten Verbindungswege ab und vernichten seine Waffen- und Munitionsvorräte. Holländische Plantagenbesitzer müssen in den Städten, bei den Garnisonen Zuflucht suchen.

Die holländischen Truppen erleiden ernste Verluste. Die Stimmung unter den holländischen

Soldaten macht den Amsterdamer Börsenjobbern keine Freude.

Die politischen Manöver der Imperialisten, die darauf rechnen, ihre indonesischen Marionetten zu einer sogenannten Konferenz „am runden Tisch“ einladen zu können, um mit ihrer Hilfe den Widerstand des indonesischen Volks zu brechen, sind ebenfalls fehlgeschlagen. Die verhafteten indonesischen Führer weigerten sich, an dieser Konferenz teilzunehmen, und verlangten die Wiederherstellung der Souveränität der republikanischen Regierung.

Die Zeitung „Het Parool“ beklagt sich, daß die indonesischen Einheiten die holländischen Truppen weder am Tage noch in der Nacht in Ruhe ließen, daß sie ihr Menschenmaterial sowie ihre Waffen und technischen Kampfmittel vernichteten, und schreibt, der Partisanenkrieg sei für die Holländer der Tod. Ihre Armee sei zu klein, um dieses riesige Land einzunehmen. Die Zeit sei gekommen, wo man direkt sagen müsse, daß die Sache Hollands verloren sei. Es stehe am Rande eines Abgrunds.

Die holländischen Imperialisten haben Wind gesät. In heller Aufregung sehen sie nun den anwachsenden Sturm des Zornes und Hasses des indonesischen 70-Millionen-Volks.

EINE HAND WÄSCHT DIE ANDERE

Vor zwei Monaten faßte der Vormundschaftsrat der UNO den Beschluß, nach Westafrika, namentlich nach Togo und Kamerun, eine Kommission zu entsenden zur Untersuchung der Lage in den sogenannten Territorien ohne Selbstverwaltung, deren Fortentwicklung England, Frankreich und anderen Vormünderstaaten obliegt. Das war ein sehr wichtiger Beschluß, denn die alljährlich von den Vormünderländern eingereichten Informationsberichte spiegeln in keiner Weise den wirklichen Tatbestand in diesen Gebieten wider.

In den Berichten werden in der Regel weder die Probleme der Rassendiskriminierung, noch die Arbeitsverhältnisse noch auch andere wichtige soziale Fragen und Bedürfnisse der Bevölkerung dieser Territorien behandelt. Deshalb kann der Vormundschaftsrat nicht beurteilen, ob die Vormündermächte wirklich den ihnen laut UNO-Satzung auferlegten Verpflichtungen hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Territorien ohne Selbstverwaltung nachkommen.

Der Kommission sollten Vertreter der USA, Belgiens, Mexikos, des Irak und der Sowjetunion angehören. Die Beteiligung eines Sowjetdelegierten an der Kommission vergällte jedoch den Kolonialmächten offensichtlich die ganze Sache, da

sie nicht wünschen, daß die Wahrheit über die schweren Arbeits- und Lebensbedingungen der Völker von Togo, Kamerun und anderen Territorien ohne Selbstverwaltung, die Wahrheit über die räuberische Ausbeutung der Naturschätze und über die Sklavenarbeit der Bevölkerung an die Öffentlichkeit dringt.

Mit Hilfe komplizierter Manipulationen hinter den Kulissen wurde ein Komplott gegen die Teilnahme eines Sowjetvertreters an der Kommission geschmiedet. Anfangs wurde die Ernennung der Kommissionsmitglieder aufgeschoben. Als sich dann am 21. März der Vormundschaftsrat erneut mit dieser Frage befaßte, hob die englisch-amerikanische Mehrheit im Rat einstimmig wie auf Kommando die Hände gegen die Kandidatur des Vertreters der Sowjetunion. Für die Kommission wurden Vertreter der USA, Belgiens, Mexikos und des Irak bestimmt.

Jetzt können die Kolonialmächte überzeugt sein, daß die Kommission die schmutzige Wäsche nicht aus dem Haus tragen wird. Im Gegenteil, die Kommission wird als Wandschirm für alle die Gemeinheiten dienen, die sich in den Kolonien und bevormundeten Territorien abspielen.

EXZESSE DER REAKTION IN TEHERAN

Anfang März begann in Teheran ein Prozeß gegen eine große Gruppe von Funktionären der Volkspartei Irans, die nach dem inszenierten Attentat auf den Schah verboten worden war. Sogar aus den Meldungen der iranischen Presse, die die Polizeizensur passieren ließ, ist ersichtlich, daß der Prozeß fehlgeschlagen ist und daß sich die ganze Sache gegen ihre Anstifter gekehrt hat.

Die Angeklagten, unter denen sich mehrere Professoren der Teheraner Universität, Ärzte und Journalisten befinden, erklärten im Gerichtssaal, daß sie auf ihre Zugehörigkeit zur Volkspartei stolz sind. Viele hoben in ihren Aussagen hervor, daß die Partei sich unter Parolen des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit Irans offen betätigt hat. Diese Parolen lägen jedem iranischen Patrioten am Herzen, der sehe, wie das Land in ein Aufmarschgebiet des englisch-amerikanischen Imperialismus verwandelt wird.

Während der Verhandlung wurde ein Schreiben der unter Anklage gestellten Funktionäre der Volkspartei an den UNO-Generalsekretär Trygve Lie verlesen. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die iranischen Reaktionäre mit Unterstützung der englischen und der amerikanischen Regierung die Macht ergriffen, nach vorher ausgearbeitetem Plan Tausende gebildeter und geistig schaffender Menschen der Freiheit beraubten, die Volkspartei für vogelfrei erklärten.

63 Zeitungen verboten und dem iranischen Volk die letzten Überreste der demokratischen Freiheiten genommen haben. In dem Brief heißt es weiter:

„Man hat uns verhaftet, nur weil wir Fortschrittler und Patrioten Irans sind. Wir bitten, unserer Lage Beachtung zu schenken und auf die Regierung Irans einzuwirken, die die Satzung der UNO unterzeichnet hat.“

Die reaktionären Richter beschlagnahmten dieses Schreiben. Aber die Stimme der Wahrheit drang durch die dicken Mauern des Teheraner Gerichts. Der Verlauf des Prozesses und sein Widerhall im Lande zeugen davon, daß die iranische Reaktion auch mit Hilfe ihrer amerikanischen Auftraggeber nicht imstande ist, die demokratische Bewegung zu erwürgen.

ALS NÄCHSTES EIN PAZIFIKPAKT

Anfang März fuhr eine Gruppe von Regierungsemissären aus London nach den britischen Dominions — Australien, Kanada, Neuseeland, Indien, Pakistan und Ceylon. Wie die „Daily Telegraph and Morning Post“ mitteilt, sind sie beauftragt, gemeinsam mit den Regierungen der Dominions „eine Art von Zusammenarbeit zum Widerstand gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Asien“ vorzubereiten. Das Blatt erläutert den Sinn dieser nebelhaften Phrase und weist darauf hin, daß es sich um den Abschluß eines „besonderen Paktes“ handelt, der „das Gebiet des Indischen Ozeans“ umfassen soll...

Wie sich aber bald herausstellte, ist der „Indische Ozean“ nur ein Minimalprogramm. Im Laufe der Verhandlungen der englischen Emissäre in den Hauptstädten der Dominions, vor allem in Canberra (Australien), kam ein Plan zum Vorschein, der eine Ergänzung zum Nordatlantikpakt bildet und die Form eines Pazifikpaktes hat. Am 14. März bestätigte der australische Verteidigungsminister Dedman, daß in Canberra Verhandlungen „über den Abschluß eines Pazifikpaktes“ gepflogen werden und daß dieser Pakt „sowohl nichtbritische als auch britische Länder“ erfassen solle. Ein paar Tage später führte der australische Ministerpräsident Chifley ergänzend aus, die Verhandlungen hätten das Ziel, zum Abschluß eines „dem Atlantikpakt ähnlichen“ Pakts zu führen.

Ein Beobachter des Londoner Rundfunks, Eric Stanton, erklärte am 14. März, die „Haupttriebkraft des Pazifikpakts“ würden die USA sein.

Die australische Presse bestätigt, daß die Verhandlungen in Canberra und in den anderen Hauptstädten der britischen Dominions unter „aufmerksamster Beobachtung“ amerikanischer Diplomaten vor sich gehen.

Die imperialistische Presse äußert die Ansicht, die Hauptaufgabe des Pazifikpakts bestehe darin, die nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Ost- und Südasiens zu bekämpfen, die in London und Washington ungeheure Beunruhigung hervorruft, da sie droht, viele Pläne der Regierungen Englands und der USA zum Scheitern zu bringen.

AM 20. MÄRZ IN LONDON

Am 20. März bewegte sich durch die Straßen des Londoner Nordostens eine erstaunliche Prozession. Voran fuhr ein Überfallauto mit Polizisten, dann kam ein Trupp von Polizisten auf Krafträdern und ein Trupp berittener Polizei. Dahinter folgten etwa 100 dicht aneinandergedrängte und sich feige nach beiden Seiten umsehende Leute. Die Kolonne wurde von Polizisten flankiert; Polizisten bildeten auch den Schluß. Vierhundert vom Innenminister Chuter Ede ausgeschickte Polizisten bahnten dem Häuflein britischer Faschisten aus der „Britischen Faschistenunion“, die es sich hatten einfallen lassen, in den Arbeitervierteln der Hauptstadt zu demonstrieren, den Weg.

Die englischen Hitlerleute aus der Bande Oswald Mosleys zeigten sich seit dem Kriege nicht zum erstenmal in den Straßen Londons. Da sie den Schutz der Polizei und die Gönnerschaft des der Labourpartei angehörenden Innenministers genießen, haben die faschistischen Rowdys schon wiederholt Unruhen und sogar Schlägereien in London provoziert. Diesmal trug die „Demonstration“ betont provokatorischen Charakter. Von dem bevorstehenden Marsch wurde schon viele Tage vorher Kenntnis gegeben. Dabei war bekannt, daß die Faschisten ihren Weg durch diejenigen Stadtviertel nehmen würden, wo nach einem Überfall deutscher Bomber 230 friedliche Einwohner unter den Trümmern der Gebäude den Tod gefunden hatten.

Auf Forderung einer Reihe politischer, gewerkschaftlicher, religiöser und gesellschaftlicher Organisationen suchten die Bürgermeister von drei Stadtbezirken Londons am 17. März in Begleitung einer Gruppe von Parlamentsmitgliedern Chuter Ede auf und bemühten sich zwei Stunden lang, ihn dazu zu veranlassen, daß er die Demonstration, die die Faschisten in ihren Bezirken durchzuführen beabsichtigten, verbiete. Sie warnten den Minister und wiesen ihn darauf hin, daß die werktätige Bevölkerung dieser Bezirke eine faschistische Demonstration nicht dulden werde und daß Zusammenstöße unvermeidlich seien. Aber Chuter Ede zog aus diesen Warnungen seine

eigenen Schlüsse: er verstärkte die magere faschistische Demonstration durch vier Hundertschaften Polizei.

Die Polizisten, die die „Demonstranten“ mit einem dichten Ring von Polizeiknüppeln umgaben, geleiteten die Prozession durch die entrüstete Volksmenge. An vielen Stellen waren die Straßen von Antifaschisten blockiert. Die Bemühungen der berittenen Polizei, der Mosleybande den Weg zu bahnen, führten zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung einerseits und den Faschisten und Polizisten andererseits. Mehrere Personen wurden verwundet. Die Polizei verhaftete einige Dutzend — Antifaschisten, von denen 23 vor Gericht gestellt wurden.

Am nächsten Tag verkündete Innenminister Chuter Ede im Unterhaus feierlich, er habe auf die „Unruhen“ vom 20. März hin beschlossen, jegliche politische Demonstration in London für

drei Monate zu verbieten, darunter offenbar auch die traditionelle Maidemonstration der Werktätigen. So ist der Sinn der faschistisch-polizeilichen Provokation zutage getreten. Anscheinend fürchten die Labourminister, die Volksdemonstration am 1. Mai werde zu einem Ausdruck des Protestes gegen ihre Innen- und Außenpolitik werden, namentlich gegen die Einbeziehung Englands in den aggressiven Nordatlantikkpakt.

Ein Vertreter des Londoner Gewerkschaftsrats gab am 22. März die Erklärung ab, der Rat bereite sich trotz des Verbots auf eine Massendemonstration am 1. Mai in London vor und habe die Absicht, sie auch durchzuführen. Die demokratischen Organisationen fordern Aufhebung der Verfügung von Chuter Ede. Sie äußern ihre Entrüstung über die „politische Eheschließung“ zwischen dem Mosleyfaschismus und dem „demokratischen Sozialismus“ Attlees und Bevins.

Briefe aus Prag

W. JORDANSKI

3. REISE IN DIE SLOWAKEI

DIE LANDSCHAFT der Slowakei ist schön und abwechslungsreich. Die endlosen Weiten der Felder von Zitný Ostrov (so heißt der fruchtbare Südteil des Landes) wechseln ab mit den düsteren Bergriesen der Niederen Tatra bei Zlate Moravce. Bunt und schmuck schimmern die Ziegeldächer wohlhabender Dörfer, und an die Berghänge schmiegen sich hölzerne „kopanki“, Spatendörfchen, wo man früher nicht einmal pflügte, sondern den Boden eben mit dem Spaten umgrub — so spärlich und kümmerlich war er. Am Fuße der Hügel oberhalb des Dorfs Nitra erheben sich Kirchen mit Spitzdächern, längs des stürmischen Flusses Hron sind alte Fabrikgebäude in dumpfe Schluchten gezwängt. Die Frühlingssonne überflutet die südlichen Weiten, hier ist die Aussaat in vollem Gange, während in der Hohen Tatra noch Schneestürme toben...

Ja, die slowakische Landschaft ist abwechslungsreich, aber jetzt hat sie überall etwas Gemeinsames: eine Fülle von Baugerüsten. Die ganze Slowakei scheint im Neubau begriffen. Und das ist der kennzeichnendste Zug ihrer Landschaft im Frühjahr 1949, im ersten Jahr des ersten Planjahrhüfts.

Sorgfältig sind am Dorfrand Ziegel aufgestapelt. In einer Reihe alter Häuser schimmern die

Wände eines großen, noch unvollendeten Gebäudes mit breiten Fensteröffnungen.

„Das Kulturhaus des Dorfs Nová Baňa“, erklärt, ohne das Steuer loszulassen, der Chauffeur Pavol Imrich, der die Slowakei kreuz und quer durchreist hat und dort alle und jeden kennt. „In diesem Jahr hat man dafür Geld bewilligt bekommen. Die Glasfabrik hat geholfen. Und dann wird hier noch eine Konservenfabrik gebaut werden...“

Wieder ein Dorf und wieder solche sorgfältig aufgestapelten Ziegel. Den Hron überqueren wir auf einer neuen Brücke. Unten, im Wasser, sieht man noch die alten, durch eine Explosion verkrümmten Träger der von Hitlerfaschisten vernichteten Brückenbogen. Das gleiche sahen wir am Vah, an der Nitra und an vielen anderen Flüssen.

Zur Linken des Dorfs liegt ein großer Bauplatz: halbvollendete Gebäude, Baugruben, Steinhäufen und Zementkästen... Der Bauzaun ist neu. Ein Schild: „Der Bau wird vom Staatlichen Baubüro ausgeführt.“ Noch ein solcher Bau und noch einer... Und da zur Rechten ein ganz fertiges Städtchen. Am Ziegeldach eines langen Gebäudes ist von den Bauleuten die Inschrift „Staatliche Dorfschule“ angebracht worden.

Man braucht nicht zu suchen, wo und was jetzt in der Slowakei gebaut wird, man braucht dazu

keine Nachschlagebücher und Reiseführer. Es genügt, 50 bis 100 Kilometer zu fahren, um mit eigenen Augen zu sehen, wie der Fünfjahrplan der Industrialisierung und der schnellen wirtschaftlichen Fortentwicklung der Slowakei verwirklicht wird.

Das erste Planjahr fünf bedeutet für das slowakische Land einen gigantischen Fortschritt, wie man ihn früher nicht einmal erträumen konnte. Die tschechische Bourgeoisie hatte die wirtschaftliche Entwicklung der Slowakei gehemmt, sie hatte sie dazu verurteilt, die Rolle eines Rohstoffanhängsels für den industriellen Westteil des Landes, die Rolle eines Lieferanten billiger Arbeitskräfte zu spielen. Das Heer der landlosen slowakischen Bauern strebte auf der Arbeitsuche nicht nur dem tschechischen Landesteil zu, sondern emigrierte auch nach Deutschland, Ungarn, Österreich, Frankreich und in die USA.

Die Bauern fristeten ein elendes Dasein in ihren „kopanki“. Dafür reifte das Getreide auf den Feldern der Gutsbesitzer üppig heran. In den Eisenerz- und Kohlengruben, in den wenigen alten Werken im Gebirge schufteten die Menschen sich mit reiner Zwangsarbeit, die über ihre Kräfte ging, zu Tode. Dafür stiegen die Dividenden der als Aktionäre auftretenden Kolonisatoren.

In dem Städtchen Gelnica hängt im Gebäude des dortigen Nationalkomitees ein Bild mit der Beschriftung: „Vor der Einfahrt in die Grube“. Der Künstler hat eine Szene aus der nahen Vergangenheit dargestellt. Halbnackte, ausgemergelte Menschen drängen sich an einer Holzhaspel. Soeben hat man gewonnenes Gestein zutage gefördert. Jetzt sind die Kumpels an der Reihe. Ein magerer, sehniger Greis bekreuzigt sich düster und schickt sich an, über den Rand des Förderkorbs zu steigen. Ein barfüßiger verweinter kleiner Junge streckt ihm seine Händchen nach... Wie fern liegt all dies dem heutigen Leben slowakischer Kumpels!

Einige Kilometer hinter Gelnica weilten wir in einer neuen, nach der modernsten Technik ausgerüsteten Werkbankfabrik. Sie ist an der Stätte einer alten primitiven Gießwerkstatt entstanden.

„Keine einzige Werkabteilung, überhaupt keine Abteilung ist bei uns so geblieben, wie sie war“, erzählt Fabrikdirektor Juraj Golan. „Die neue, aus den westlichen Grenzbezirken hergeschaffte Betriebsausrüstung hat das Gesicht der Fabrik und den Charakter der Arbeit selber verändert. Schon jetzt produzieren wir zweieinhalbmal so viel wie 1937. Im Planjahr fünf wird die Produktion sich vervierfachen...“

Prešov... Ingenieur Plessinger führt uns an den Rand einer tiefen Baugrube.

„Hier wird jetzt das Fundament für ein Kühlhaus gelegt. Das wird so hoch wie ein zwölfstöckiges Gebäude.“

Das Kühlhaus in Prešov — Teil eines gewaltigen Kühlkombinats für Fleisch, Milch und Früchte — ist ein Fünfjahrplanbau; desgleichen das Werk für elektrotechnische Geräte, das Seite an Seite mit ihm emporwächst. Und das Holzbearbeitungskombinat, die Ziegelei und die Zementfabrik, die dazugehörigen Arbeitersiedlungen sowie Schulen, Krankenhäuser, Theater, Klubs und Kindergärten — all das sind Fünfjahrplanbauten in Prešov.

Man arbeitet in schnellem Tempo; ist im Fünfjahrplan doch für die Slowakei eine Steigerung der Industrieproduktion um 75 Prozent gegenüber 1948 vorgemerkt. Für die Entwicklung der Volkswirtschaft dieses Gebiets sind laut Fünfjahrplan 96,2 Milliarden Kronen oder 28,6 Prozent aller staatlichen Kapitalanlagen bewilligt. Die mit neuen Maschinen ausgerüstete und mit Düngemitteln versorgte Landwirtschaft wird ihre Produktion um 37 Prozent steigern müssen, während die Viehzucht sich fast verdoppeln, nämlich um 98 Prozent anwachsen wird. Ein großzügiges Bauprogramm für Wohnhäuser und öffentliche Gebäude wird zur Hebung des gesamten Lebensniveaus der Bevölkerung beitragen.

* * *

In dem Städtchen Podbrezová sagte ein Delegierter auf einer Beratung:

„Vor allem mangelt es uns an Ziegeln und an Menschen! Aber da auch Ziegel von Menschen hergestellt werden, mangelt es uns vor allem an Kadern, an tüchtigen, sachkundigen Menschen...“

Auf Schritt und Tritt sahen wir in der Slowakei, wie Kader in jener besten aller Schulen heranwachsen, die der Fünfjahrplan selber darstellt. Im Kampfe für Planerfüllung, im Verlauf des sozialistischen Wettbewerbs entfaltet sich die Aktivität Tausender von Arbeitern, Technikern, Ingenieuren und Angestellten, sie werden zu Kämpfern für den Sozialismus erzogen.

Im Herzen der Slowakei, in den Vorgebirgen der Niederen Tatra, längs des Hron, der sich durch eisenerzreiche Berge (man nennt sie auch Rudohöri, das Erzgebirge) seinen Weg gebahnt hat, gibt es seit alters primitive Eisengießereien; bald eingehend, bald wiedererstehend, haben sie sich bis in unsere Tage erhalten. Die größten und bestentwickelten von ihnen — in Podbrezová, Tišovce, Brezno, Hronec und Pieský — sind zu den Stredoslovenské Zelezárne, den Zentralslowakischen Eisenwerken, zusammengefaßt.

Das Werk in Podbrezová liegt am Grunde einer tiefen Schlucht. Berge umgeben es von allen Seiten, und über den Werkabteilungen, über

der Siedlung hängt ständig ein dichter Rauchschleier...

Am Haupteingang ein Plakat: „Bedingungen des sozialistischen Wettbewerbs“. Diese sind ungemein detailliert ausgearbeitet worden, und die Buchung der Ergebnisse erfolgt nach einem eigenartigen Punktsystem. Rechtzeitiges Erscheinen zur Arbeit und deren Verrichtung während einer ganzen Schicht ohne Stehzeiten werden dem Arbeitstrupp mit 100 Punkten angerechnet. Planerfüllung zu 100 Prozent gleichfalls mit 100 Punkten. Materialverausgabung streng nach dem Soll nochmals mit 100 Punkten. Demnach wird normale erfolgreiche Arbeit im Rahmen des Plans mit 300 Punkten bewertet. Für jedes Prozent Planüberbietung werden 2 Punkte hinzugerechnet, für jedes Prozent Materialersparnis 5 Punkte. Verspätung zur Schicht, Nichterfüllung des Plansolls und übermäßige Materialverausgabung bewirken entsprechende Herabsetzung der Punktzahl.

Im Werkinformationsblatt sah ich die Photographien der Wettbewerbssieger. Das waren die Mitglieder des von dem Gießer Stefan Kocmel geleiteten Arbeitstrupps.

Stefan Kocmel ist ein untersetzter, stämmiger Mann mit schon angegrautem Haar. Er ist mit dem Werk durch 38 Arbeitsjahre verbunden. Aber schöpferische Arbeit hat erst jetzt für ihn begonnen. Er hat in seinem Arbeitstrupp eine neue Methode der Arbeitsorganisation eingeführt. Bei gleichem Energieaufwand haben 20 Mann die Arbeit von 27 zu leisten begonnen. Die Arbeitsproduktivität steigerte sich um 35 Prozent.

„Das alles ist sehr einfach“, sagt Kocmel.

Nein, es war gar nicht einfach, in einem alten Werk, das die räuberischen Fabrikbesitzer von ehemals der Slowakei hinterlassen hatten, einen solchen Sieg zu erringen.

Und gar nicht einfach war es für die ganze Belegschaft, den Januarplan zu 111,6 Prozent und den Februarplan zu 118 Prozent zu erfüllen.

Stefan Kocmel ist ein führender Arbeiter. Aber Koliskas Arbeitstrupp hat ihn schon überholt. Direktor Vladimir Langer nannte uns ein Dutzend Namen von Stoßarbeitern und zeigte uns die vom Werk errungenen Auszeichnungen, die „Trophäen“, wie er sagt: einen Ehrenwimpel, Urkunden, ein Diplom, ferner zum Schluß einen Brief aller Arbeiter, Ingenieure und Angestellten an Klement Gottwald, den Präsidenten der Republik. Die gesamte Belegschaft der Eisenwerke verspricht, zu Ehren des 9. Parteitags der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei über ihr Arbeitspensum hinaus Erzeugnisse im Wert von 105 673 000 Kronen herzustellen und 20 460 000 Kronen einzusparen.

Natürlich kommt man mit der alten Betriebsausrüstung, wie gut sich deren Ausnutzung auch anlassen mag, nicht besonders weit. Hier, wie im ganzen Lande, wird jetzt die Aufgabe eines gründlichen Umbaus der Werke gelöst. Diese werden im Planjahr fünf zu 52 Prozent erweitert und erneuert. Der neue Betrieb in Brezno wird bereits am 25. Mai d.J., zu Beginn des Parteitags, eröffnet.

Schon in den Jahren des Zweijahrplans hat die volksdemokratische Republik 246 Betriebe aus den Grenzbezirken für die Industrialisierung der Slowakei zur Verfügung gestellt. Allein vom 1. Januar 1947 bis zum 1. September 1948 hat die Anzahl der in der slowakischen Industrie Beschäftigten um 27 Prozent zugenommen. Sie nimmt mit jedem Monat weiterhin zu.

Neue Werkabteilungen, neue Maschinen erheischen auch neue Menschen. Da sind sie, die künftigen Hüttenarbeiter: junge Burschen aus den umliegenden Dörfern, die es im Gießen von Erz und Stahl zur Meisterschaft bringen. In den Händen haben sie Hefte mit komplizierten technischen Zeichnungen sowie Lehrbücher für Physik, Chemie und Elektrotechnik. Jeder hat in der Werkabteilung schon seinen Arbeitsplatz. Sie werden vom Werk unterrichtet und beköstigt. Sie erhalten Lohn und bewohnen das Arbeiterheim des Werks.

Die Hüttenwerke am Hron sind ein glorreiches Denkmal für die Helden von Hronec und Podbrezová, für die Arbeiter des Středoslovenské Zelezárne, welche im August 1944 zu den ersten gehörten, die in der Slowakei das Banner des Volksaufstands gegen die hitlerfaschistischen Landräuber entrollten.

* * *

Der Frühling des ersten Planjahrs bringt auch der Landwirtschaft des slowakischen Gebiets, übrigens ebenso wie der des tschechischen, viel Neues. Produktion und Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Bauern werden geregelt. Die Regierung der Republik hat in diesem Jahr das Vertragssystem eingeführt. Im voraus, noch vor der Aussaat, setzen die örtlichen Nationalkomitees, nach Empfang der Pläne vom Landwirtschafts- und vom Versorgungsministerium, gemeinsam mit jedem Bauern fest, wieviel Hektar er bestellen, welche Ernte er erzielen soll, wieviel Erzeugnisse er dem Staat zu liefern sich verpflichtet und zu welchen Preisen. So wird die Teilnahme jeder Bauernwirtschaft am Kampfe für die Erfüllung des Fünfjahrplans projektiert. Und jedem Bauern wird der Absatz der Ernte gesichert.

Den kleinen Viehzüchtern helfen die staatlichen Viehzuchtfarmen. Aus den Leihstellen für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren rollen

Traktorenkolonnen auf die Bauernfelder. In diesem Frühjahr werden auf den Feldern von Prešov die Maschinen von 5 staatlichen Leihstellen verwendet. Zum erstenmal werden in diesem Jahr in Gelnica die Traktoren einer neuen Leihstelle beim Tiefpflügen und bei der Aussaat eingesetzt... Durch die Erfüllung des Zweijahrplans hat sich der Traktorenpark der Slowakei fast um das Zweieinhalbfache vergrößert: er wurde von 1800 auf 4400 Maschinen gebracht, deren Mehrheit dem Staat und den Bauerngenossenschaften gehört.

Im Dorf Borová, unweit des Städtchens Trnava in Zitný Ostrov, unterhielten wir uns mit zwei Bauern. Pavol Palkovič und František Sikora sind Gründer einer Genossenschaft für Bodenbearbeitung mit Maschinen. Beide sind Armbauern: Palkovič hat 3,5 Hektar Boden, Sikora noch weniger.

Schon 1947 gründeten sie die Genossenschaft im Dorf Borová. Die Großbauern, Besitzer von Vieh und Maschinen, machten sich über sie lustig: „Da schmeißt ihr euch wohl zusammen, um Kinderchen vor den Pflug zu spannen?“

Der volksdemokratische Staat half der Bauerngenossenschaft: er gewährte ihr Kredit zur Anschaffung von Traktoren, Pflügen, Dreschmaschinen, Kultivatoren und anderem Inventar.

Zwei Jahre sind vergangen, die Genossenschaft ist erstarkt. Sie verrichtet für ihre Mitglieder — Armbauern und Mittelbauern — zu herabgesetztem Preis alle Landarbeiten. Schon in diesem Jahr gedenkt die Verwaltung mittels Abzügen von den Einkünften, mittels zusätzlicher Beiträge und eines neuen Staatskredits in dem Dorf eine gute Garage, eine Geflügelfarm und eine durch Kraftstrom maschinell betriebene Wäscherei zu bauen.

„Nein, ich persönlich habe nach dem Februar keinen Boden dazubekommen“, antwortete Pavol Palkovič auf unsere Frage, „aber das ganze Leben ist anders geworden. Der gleiche Boden hat zu nähren begonnen. Das ist die Sache.“

Die Großbauern denken aber nicht daran, sich mit der neuen Sachlage abzufinden. In aller Stille schlachten sie Vieh, um ihren Anteil an der Fleischlieferung zu verringern, sie sehen es darauf ab, einen Teil des Bodens unbestellt zu lassen, und sie haben auch versucht, sich dem System der Staatsverträge zu widersetzen.

František Sikora ist im Dorf Borová Vorsitzender des Nationalkomitees geworden, Pavol Palkovič ebendort Vorsitzender der kommunistischen Parteiorganisation. Beide stehen an der Spitze der armbäuerlichen und mittelbäuerlichen Masse, d. h. der Mehrheit der Dorfbewohner. Hier, im Dorf Borová, sind sie die wirklichen Vertreter

des volksdemokratischen Staats und der Kommunistischen Partei! In hartem Klassenkampf wird im slowakischen Dorf ein Stamm bäuerlicher Aktivisten herangebildet, die der Partei und dem Volk selbstlos ergeben sind.

Die wirtschaftlich rückständige Slowakei der Gutsbesitzer blieb auch nach dem Krieg ein Bollwerk der Reaktion. Die Reaktionäre, die im Staats- und Wirtschaftsapparat wichtige Posten innehatten, sabotierten die Regierungsmaßnahmen und den Zweijahrplan. Ihre sogenannte Demokratische Partei heckte Pläne für hochverräterische Verschwörungen aus.

Das Volk vermochte seine Errungenschaften zu schützen. Die im Februar 1948 aufs Haupt geschlagenen Reaktionäre haben sich jetzt in tiefen Schlupfwinkeln verkrochen und suchen insgeheim Schaden zu stiften.

Aber die Zahl der Anhänger der Reaktion nimmt in der Slowakei ständig ab. Ein kennzeichnendes Beispiel: gerade in den Dörfern, in denen wir weilten, hatten viele Bauern anonyme Briefe erhalten, mit Drohungen und dem Ansinnen, die Staatsbelieferungsverträge zu sabotieren. Der Anschlag verfehlte sein Ziel: ausnahmslos sämtliche Bauern unterzeichneten die Verträge.

* * *

... Wir haben während unserer Reise über Land, durch Dörfer und Städte der Slowakei viel gesehen. Die Erfolge der volksdemokratischen Staatsordnung sind unstreitig sehr groß. Mitunter fällt es schwer zu glauben, daß man in so kurzer Zeit dert viel hat vollbringen können. Seit der Zerschmetterung der Reaktion ist ja erst ein Jahr vergangen. Man darf die Augen aber auch vor den Schwierigkeiten nicht verschließen, auf die man unbedingt stößt. Mangel an Kadern, Umtriebe der illegal gewordenen oder im schwarzen Seelsorgermantel verummten Reaktion — all das ist gleichfalls ein noch nicht entschwundener Wesenszug des slowakischen Lebens von 1949. Ein Wesenszug des Lebens und des Kampfs.

Im Januar d. J. hatte die Industrie der Slowakei ihren Gesamtplan zu 102,8 Prozent erfüllt, im Februar zu 105,5 Prozent. Die Slowakei schreitet zuversichtlich vorwärts und holt ihre älteren Kameraden, die tschechischen Lande, ein. Hilfe in allem und freundschaftliche Unterstützung sind ihr in dem einheitlichen volksdemokratischen Staat der beiden gleichberechtigten slawischen Nationen, der Tschechen und der Slowaken, gesichert.

Bratislava—Prag, im März 1949.

Der Alltag von Lake Success

(Notizen eines Korrespondenten)

W. TATARINOW

ÄUSSERLICH hat sich seit zwei Jahren in den langen, fabrikartig anmutenden Gebäuden in Lake Success, in denen das Stabsquartier der UNO untergebracht ist, wenig geändert. Genau wie früher ziehen sich durch die Gänge endlose Schlangen amerikanischer Vergnügungsreisender aller Altersstufen mit riesigen bunten Abzeichen im Knopfloch, die sie als Angehörige dieser lärmenden und ungenierten Menschensorte ausweisen.

Genau wie früher surren die Telegraphenapparate und klappern die Schreibmaschinen in den durch niedrige Glaswände voneinander getrennten Gehegen für die Presse, und die Reporter vertreiben sich zwischen den Sitzungen die Zeit mit Würfelspiel und frönen anderen, weniger kostspieligen Zerstreuungen.

Dieselben Wachtposten in gendarmenhaft strammer Haltung mit grauen Uniformen und soliden, handgroßen Bronzeplaketten auf der Brust stehen an den Türen, hinter denen die endlosen Sitzungen tagen.

Aber in der Atmosphäre der Sitzungen, im Charakter der Reden und darin, welche Beschlüsse angenommen werden, ganz besonders aber darin, welche nicht angenommen werden, spiegeln sich deutlich die Veränderungen, die in der internationalen Lage eingetreten sind.

Im Zimmer der Reporter hörte ich einmal folgende Ansichten äußern:

„Ich habe allen Beratungen und Sitzungen der UNO beigewohnt, angefangen von der Gründungskonferenz in San Franzisko bis zur Pariser Tagung der Generalversammlung. Auf jeder Sitzung, auf jeder Tagung der Generalversammlung verliert die UNO immer mehr das Gepräge einer gewichtigen internationalen Organisation...“

In solchen Erwägungen kommt die unstrittige Tatsache zum Ausdruck, daß der englisch-amerikanische Block die Autorität der UNO untergräbt und ihre praktische Tätigkeit als internationale Körperschaft vereitelt, die berufen ist, einen dauerhaften Frieden und internationale Zusammenarbeit zu gewährleisten.

* * *

In einem kleinen niedrigen Saal tagt der Sicherheitsrat. Es ist still. Die Plätze für das Publikum und die Pressegalerie liegen in nicht sehr hellem,

alles leichenblaß tönendem Licht da. Im vorderen Teil des Saals sitzen, vom Publikum durch eine niedrige Holzbarriere getrennt, rings um die Außenseite eines großen hufeisenförmigen Tisches die Delegierten. Vor jedem steht eine kleine weiße Tafel mit dem Aufdruck: Sowjetunion, Ägypten, Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, Kuba, Argentinien, USA...

Es spricht der Delegierte der Sowjetunion: vom Mikrophon leicht verstärkt, klingen die russischen Worte durch den Saal. Im amerikanischen Publikum verstehen nur wenige Russisch. Aber niemand geht fort, man wartet auf die Übersetzung und lauscht ihr konzentriert.

Zur Erörterung steht die Frage der Rüstungseinschränkung und des Verbots der Atomwaffe. Die Rede J. A. Maliks ist zu Ende. Im Namen der Sowjetregierung hat er ein klares, präzises Programm aufgestellt:

„Ausarbeitung einer Konvention über ein Verbot der Atomwaffe und über Kontrolle der Atomenergie.“

„Sofortige Ausarbeitung eines Plans für die Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (Sowjetunion, USA, England, Frankreich und China) um ein Drittel.“

„Schaffung eines Systems zur Kontrolle der Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte.“

Der Übersetzer ist ebenfalls zu Ende. Unter dem Publikum ist leichte Bewegung zu bemerken. Viele wenden sich dem Delegierten der USA zu... Was ist los? Warum sollte man sich denn mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden erklären? Warum sollte man statt 15 Milliarden Dollar im Jahr nicht bedeutend weniger für Kanonen, Panzer und Flugzeuge verausgaben?

Senator Warren Austin, Vertreter der USA, ergreift das Wort. Seine Rede ist ein Musterbild raffinierter parlamentarischer Redetechnik. Es fehlen weder weit ausholende, betont affektierte Gesten, noch eindringliches gehauchtes Flüstern, noch Steigerung des Tonfalls, noch Ausrufe. Er ist mit den Sowjetvorschlägen nicht einverstanden.

Seine Argumente?

Die Generalversammlung habe die sowjetischen Vorschläge über ein Verbot der Atomwaffe und

über Rüstungseinschränkung der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats um ein Drittel bereits abgelehnt.

Bevor man von einer Einschränkung der Rüstungen reden könne, müßten Informationen über diese Rüstungen eingeholt werden.

Der Delegierte Englands, Alexander Cadogan, wiederholt mit großem Pathos dieselben Gründe.

Setzt man voraus, so sagt er, die Vorschläge der Sowjetunion würden angenommen und der Ausschuß für konventionelle Rüstungen hätte einerseits einen Plan vor sich, wie er in der Resolution der Generalversammlung dargelegt ist (die Prüfung der Frage fortzusetzen), und andererseits den Plan der Sowjetunion (die Atomwaffe zu verbieten und die Rüstungen um ein Drittel einzuschränken), dann könne in den Diskussionen des Ausschusses nur ein Durcheinander entstehen und ein bedeutender Zeitverlust verursacht werden.

Der Vertreter Frankreichs, de la Tournelle, murmelte undeutlich, ganz ohne jegliches Argument anzuführen, er sei mit den sowjetischen Vorschlägen nicht einverstanden.

Im Publikum herrscht ungeduldige Bewegung. Alle begreifen, daß die Berufung auf die frühere Abstimmung in der Generalversammlung, die die Vorschläge der Sowjetunion nicht annahm, bedeutet, die neue Ablehnung durch die alte Ablehnung, d. h. überhaupt nicht zu begründen. Die Anwesenden lauschen aufmerksam den ausführlichen, logischen und überzeugenden Antworten auf die Einwände, die gegen die sowjetischen Vorschläge erhoben wurden.

Die Diskussion ist abgeschlossen. Niemand konnte nachweisen, daß die Vorschläge der Sowjetunion unreal, daß sie undurchführbar sind, denn ein solcher Beweis wäre unmöglich. Niemand konnte leugnen, daß diese Vorschläge in völligem Einklang mit den Beschlüssen der Generalversammlung stehen und auf den Prinzipien der UNO fußen.

Es wird über die Resolution der Sowjetunion abgestimmt. Keins der Ratsmitglieder wagt es, offen die Hand gegen sie zu erheben. Die Delegationen der USA, Englands, Frankreichs und der Satelliten des Blocks wenden die Methode des „versteckten Vetos“ an. Sie enthalten sich der Stimme.

Die für Millionen Menschen lebenswichtigen Anträge wurden nicht angenommen. Die Sitzung ist aufgehoben, die Herren Delegierten fahren davon, die einen nach Hause, die andern in ein Nachtlokal. Langsam leeren sich auch die Plätze des Publikums.

„Warum haben sie denn die Sowjetvorschläge abgelehnt?“ fragt erstaunt eine bejahrte Amerikanerin, die in Begleitung ihres Sohnes, eines

jungen Manns in bescheidener Tuchjacke mit großem gestickten Sportklubabzeichen auf der Brust, den Saal verläßt...

Die Antwort auf diese Frage, die sich jetzt viele Amerikaner vorlegen, kann man ein paar Dutzend Meter von dem Saal entfernt finden, in dem der Sicherheitsrat tagt.

Die Firma Sperry Corporation hat an die UNO nur ein paar Gebäude ihrer Werke verpachtet. In den übrigen werden mit Volldampf Ausrüstungen für amerikanische Kriegsflugzeuge und Unterseeboote hergestellt. Die Milliarden Dollars, die die Regierung für militärische Ausgaben bewilligt hat, sichern ihr ergiebige Lieferungsverträge.

Diese Tatsache kann dem staunenden Publikum, das in der Sitzung des Sicherheitsrats den Reden zuhörte, als beredte Antwort dienen.

Die USA haben den Weg einer zügellosen forcierten Aufrüstung, einen Weg der Vorbereitung aggressiver Abenteuer beschritten. Austin hat mithin im Sicherheitsrat die Aufgabe, nicht zuzulassen, daß die sowjetischen Vorschläge über Rüstungseinschränkung und über ein Verbot der Atomwaffe angenommen werden.

* * *

Der Sicherheitsrat ist ein ständig funktionierendes Organ der UNO. Seine Sitzungen dürfen nicht seltener als einmal in zwei Wochen einberufen werden.

Die Arbeitserfahrungen des Sicherheitsrats zeigen, daß der Rat bei gutem Willen und vernunftgemäßem Vorgehen komplizierte internationale Fragen mit Erfolg zu lösen vermag. Die Beispiele einer derartigen positiven Tätigkeit kann man leider an den Fingern abzählen, aber sie sind dennoch vorhanden.

Die Tätigkeit des Sicherheitsrats zeugt jedoch immer mehr davon, daß der englisch-amerikanische Block darauf aus ist, eine nutzbringende Arbeit des Rats zu vereiteln und den Rat in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Nach der Generalversammlungstagung hatte der Rat viele wichtige Fragen zu behandeln, darunter auch die indonesische. Die Tatsache der holländischen Aggression gegen das indonesische Volk wurde auf den Sitzungen des Rats unwiderlegbar nachgewiesen. Nachgewiesen wurde auch, daß die holländische Regierung die Aggressionsabenteuer in Indonesien ohne die materielle Hilfe der USA nicht einen einzigen Tag fortsetzen könnte. Die Vertreter der Sowjetunion, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und einiger anderer Länder forderten entschiedenes Einschreiten gegen den Überfall auf die indonesische Republik.

Der englisch-amerikanische Block brachte im Sicherheitsrat einen Beschluß durch, der faktisch das Opfer der Aggression der Willkür des Aggressors ausliefert.

Die Weigerung, die sowjetischen Vorschläge über ein Verbot der Atomwaffe und über Rüstungseinschränkungen anzunehmen, die ungerechte Ablehnung des Aufnahmegesuchs der Demokratischen Volksrepublik Korea an die UNO, die Unterstützung der auf Verletzung des Friedensvertrags mit Italien abzielenden Politik hinsichtlich des Freistaats Triest durch den englisch-amerikanischen Block — das alles sind Erscheinungen der gleichen Art. Sie zeugen davon, daß die Politik des englisch-amerikanischen Blocks darauf gerichtet ist, das Vertrauen zum Sicherheitsrat zu erschüttern und, da sie ihn nicht direkt zu einer Waffe ihrer Politik machen können, ihn in einen unwirksamen und nutzlosen „Diskussionsklub“ zu verwandeln.

* * *

Etwa anderthalb Monate tagte die fällige Plenarsitzung des Wirtschafts- und Sozialrats. Die Satzung der UNO enthält einen speziellen Absatz, betitelt „Die internationale wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit“, in dem zu den vornehmsten Aufgaben der UNO auf diesem Gebiet die Lösung internationaler wirtschaftlicher, sozialer und anderer Probleme gezählt wird. Die Erfüllung solcher Aufgaben wird dem Wirtschafts- und Sozialrat übertragen.

Die Tagesordnung der Sitzung spiegelte aber diese Aufgaben keineswegs wider. Zwar liegt dem Rat ein Dokument zur Erörterung vor, das die Überschrift trägt „Grundlegende Veränderungen in der Weltwirtschaft“. Bei einer aufmerksamen Durchsicht dieses Dokuments erkennt man jedoch, daß sein Inhalt keineswegs seiner Überschrift noch auch den Aufgaben entspricht, die der Rat sich stellen mußte, wenn seine Mehrheit die Absicht hätte, die gegenwärtig bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen sachlich zu erörtern.

Der Bericht ist nichts als eine Sammlung recht spärlicher und unvollständiger Angaben, die den Zweck haben, die Wirtschaftslage in den marshallisierten Ländern in ein rosiges Licht zu setzen und die Lage in der Sowjetunion, dem Lande des siegreichen Sozialismus, sowie in den Ländern der Volksdemokratie zu entstellen.

Der Wirtschafts- und Sozialrat ist einer ernsthaften Erörterung der Probleme, die vor der Welt stehen, nicht einmal nahegetreten. Er wurde vom englisch-amerikanischen Block gezwungen, sich mit Diskussionen über die von den Führern der Amerikanischen Arbeitsföderation erdachten verleumdenden sowjetfeindlichen Ammen-

märchen zu befassen. In Journalistenkreisen weiß man sehr wohl, daß das Ganze vom Staatsdepartement inszeniert war, um die Aufmerksamkeit des Rats von wichtigeren Wirtschaftsfragen abzulenken und die internationale Atmosphäre noch mehr zu vergiften.

Die USA, die eine offene Erörterung wichtiger Probleme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vermeiden, benutzen den Apparat der UNO gleichzeitig auch zu ihren Zwecken. Ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Programm für „technische Hilfe“ an rückständige Länder.

Dieses Programm, das Präsident Truman in seiner Kongreßbotschaft verkündete, wird dem amerikanischen Publikum als ein progressives, edles, durch und durch selbstloses Beginnen hingestellt, das angeblich der Bevölkerung rückständiger Länder helfen soll. So wurde die Sache von dem USA-Delegierten Willard L. Thorp, dem Gehilfen des USA-Staatssekretärs für Wirtschaftsfragen, auf der Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrats dargelegt. In Wirklichkeit läuft das ganze Programm darauf hinaus, den USA-Monopolen die Möglichkeit zum Eindringen in koloniale Länder und zur Eroberung kolonialer Märkte zu sichern. Im Wirtschafts- und Sozialrat wurde die Frage nur zu einem einzigen Zweck angeschnitten: durch die Autorität der UNO die imperialistischen Pläne der Kolonialexpansion zu decken.

* * *

Nachdem der englisch-amerikanische Block sich die leitenden Posten im Apparat des UNO-Sekretariats gesichert hat, benutzt er diesen Apparat zu seinen eigenen Zwecken und zum Nachteil der internationalen Zusammenarbeit. So bringt das täglich erscheinende Bulletin des Sekretariats, das in alle Länder verschickt wird, z. B. regelmäßig Propagandamaterial der sogenannten Marshallplanadministration, die ein Organ der USA-Regierung ist. Unter diesen „Materialien“ finden sich nicht wenige auf die Sowjetunion gemünzte verleumderische Erklärungen der „Marshalladministratoren“.

Zugleich läßt das Sekretariat Hunderte von Dokumenten — Briefe und Telegramme, in denen die Anträge über ein Verbot der Atomwaffe unterstützt werden und gegen den faschistischen Terror Protest erhoben wird, in denen man die aggressive Politik kritisiert und die Kriegsbrandstifter verurteilt — in den Archiven verschwinden. Von derartigen Dokumenten bekommt die Öffentlichkeit nichts zu sehen. So blieben Resolutionen und Briefe unveröffentlicht, die Proteste gegen den Meuchelmord an Paparigas, dem Führer der griechischen Gewerkschaften, enthielten;

geheimgehalten wurden Hunderte von Protesten gegen das Francoregime in Spanien.

Während im Sicherheitsrat die indonesische Frage erörtert wurde, liefen beim Sekretariat Dutzende von Schreiben ein, in denen Maßnahmen gegen die Aggression der holländischen Regierung, zum Schutz des indonesischen Volkes gefordert werden. Von keinem dieser Schreiben ist irgend etwas verlautbart.

Während der Pariser Tagung der Generalversammlung erhielt der Generalsekretär Hunderte von Briefen und Telegrammen, in denen erklärt wurde, die Schreiber träten für die Anträge der Sowjetunion, für ein Verbot der Atomwaffe und für Rüstungseinschränkung ein. Aber keins dieser Schriftstücke wurde den Pressevertretern übergeben.

Als aber im Sekretariat ein paar Telegramme einliefen, in denen man Sympathie für den USA-Spion Mindszenty in Ungarn äußerte, fühlte sich Trygve Lie bemüßigt, hiervon persönlich auf einer Pressekonferenz zu sprechen.

* * *

In Hunderten von Zimmern ist der kolossale Apparat des UNO-Sekretariats untergebracht. Die meisten Beamten dieses Apparats sind Amerikaner und Engländer. Die zahlenmäßig zweitstärkste Kategorie sind vaterlandslose Kosmopoliten, die als Belohnung für irgendwelche unerfindlichen Verdienste um den englisch-amerikanischen Block einträgliche Pöstchen im Sekretariat erhalten haben. Unter ihnen befinden sich solche „Fachleute für internationale Beziehungen“ wie ein gewisser Wertmeier-Reishoffen, ein Höfling des österreichischen Thronprätendenten Otto von Habsburg, und andere ähnliche Hochstapler. Viele von ihnen, die als Kenner der Sprachen ihrer Herkunftsländer gelten, haben diese Sprachen längst verlernt. Als Fachleute haben sie keinerlei Wert. Ein Beispiel wäre der Leiter der russischen Übersetzungssektion, Grigorowitsch-Barski, ehemals Oberstleutnant des Denikinschen Spionageabwehrdienstes. Zusammen mit einem anderen weißgardistischen Abenteurer, einem gewissen Stein, der den

barbarischen Dialekt der Ostseebarene spricht, vertreibt dieser „Fachmann“ aus seiner Abteilung alle Angestellten, die in dem Verdacht stehen, auch nur einigermaßen fortschrittliche Ansichten zu haben.

Man muß konstatieren, daß der auf diese Weise zusammengestellte Apparat des Generalsekretariats für die Verbreitung schmutziger Lügen über die Sowjetunion benutzt wird. Wie weit dieses tendenziöse Verhalten einreißt, zeigt folgende Tatsache. Im Katalog der UNO-Bibliothek für Nachschlagewerke gibt es keinen Abschnitt „Sowjetunion“, und die Materialien, die irgend etwas mit der Sowjetunion zu tun haben, stehen unter der Rubrik „Rußland“. Werke von Sowjetverfassern, die das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben der Völker der Sowjetunion widerspiegeln, kann man an den Fingern abzählen. Dagegen sind Schriften sowjetfeindlicher Verleumder und Spione — die eines White, eines W. Bullitt, eines W. Duranty — an auffällender Stelle angeführt. Einen Ehrenplatz auf den Bücherregalen dieser Bibliothek nehmen die in den USA zusammen gemixten und von niederträchtigen Deserteuren und Verrätern des Sowjetvolks unterzeichneten Fälschungen ein.

In der Bibliothek der internationalen Sicherheitsorganisation werden Schriften von Atomexpresern und Kriegsbrandstiftern, wie das Buch von Bernard Brodie, „Die absolute Waffe“, mit Beflis-senheit angeboten.

Das wären ein paar Tatsachen, die zeigen, daß der englisch-amerikanische Block bestrebt ist, die zur Festigung des Friedens geschaffene internationale Organisation zu einer Waffe der aggressiven Politik des USA-Staatsdepartements zu machen.

Die Delegationen der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie kämpfen tagtäglich gegen die Unterwühlung und Zerstörung der UNO. Sie kämpfen dafür, daß die UNO denjenigen eine Abfuhr erteile, die eine Politik der Aggression und der Entfesselung eines neuen Krieges betreiben.

New York, im März 1949

In Betrieben der koreanischen Republik

(Reisenotizen)

N. LAZINNIK

P-HJÖNG-JANG. Fabrikbezirk Senkiori, durchschnitten vom Fluß Daidong. Am Flußufer einige schöne hellgraue Gebäude. Hier befindet sich eines der wichtigsten Ministerien der Demokratischen Volksrepublik Korea: das Industrieministerium.

In einem wohleingerichteten hellen Arbeitszimmer empfing uns Industrieminister Kim Tschak, ein hagerer mittelgroßer Mann in feldgrauem Militärrock. Alter Mitstreiter Kim Il Sung's im Partisanenkampf, hat Kim Tschak keine technische Ausbildung erhalten, aber die fabelhaften Leistungen dieses begabten Mannes sind in aller Munde.

„Ja, wir haben etwas zu zeigen und zu erzählen“, sagt Kim Tschak. „Mit Technik kann man Ihnen natürlich nicht imponieren, und übrigens schaffen wir sie ja grad' erst. Aber Sie sehen unser Wachstum, das schnelle Wachstum eines befreiten Volks. Das ist ein wundervoller Anblick...“

Vor der Befreiung Koreas wurde von seiner Industrie hauptsächlich die japanische Kriegsmaschinerie beliefert. Die Japaner dachten gar nicht daran, die Bedürfnisse der koreanischen Bevölkerung zu befriedigen. Alle Ausrüstungsgegenstände, die Ersatzteile, technische Werkstoffe sowie teure Webwaren, Lederschuhe und Kurzwaren wurden aus Japan bezogen. Es gab fast keine koreanischen Techniker. Alle leitenden Posten in der Industrie hatten Japaner inne. Im Augenblick der Kapitulation brachten sie sämtliche Betriebe zum Stillstand und zerstörten viele von ihnen.

Jetzt liefern die Betriebe der Groß- und Mittelindustrie Nordkoreas, die nach der Befreiung des Landes durch die Sowjetarmee in die Hände der volksdemokratischen Republik übergegangen sind, mehr als 80 Prozent der Gesamtproduktion.

Im Prozeß des Wiederaufbaus der Betriebe erwuchs der Hauptstamm leitender Kräfte, Ingenieure und Techniker; etliche zehntausend Arbeiter erhöhten ihre Qualifikation. Die Arbeitsproduktivität hat sich binnen zweier Jahre verdreifacht. Der Plan für 1948, dessen Anforderungen sehr hoch gesteckt waren, wurde zu 102 Prozent erfüllt. Der Produktionsstand beläuft sich gegenüber 1947 auf 139,1 Prozent und gegenüber 1946 auf 314 Prozent. Man erzeugt Hunderte neuer Arten von Waren, die man in Korea nie hergestellt

hatte, z. B. Ersatzteile, Bergwerksausrüstungen, spezielle Stahlsorten, gewisse Nichteisenmetalle, Elektrogeräte, Lederwaren, Heilmittel, Chemikalien, landwirtschaftliche Maschinen usw.

Die Lebenslage der Arbeiterklasse hat sich verändert. Man hat den Achtstundentag eingeführt, die Überstunden eingeschränkt, gleiche Arbeitsentlohnung von Männern und Frauen festgesetzt, Kinderarbeit untersagt, bezahlten Urlaub, Sozialversicherung und kostenlose ärztliche Betreuung eingeführt sowie viele andere soziale Maßnahmen getroffen. Die schnell gewachsenen Gewerkschaften erfassen 98 Prozent der Beschäftigten und spielen in allen Fragen der Arbeit und der Lebensweise eine bedeutende Rolle. Im Jahre 1948 haben in den Betrieben mehr als 28 000 Personen Anweisungen auf Inanspruchnahme von Erholungsheimen und Sanatorien erhalten; 55 industrielle Techniken zählen 17 000 Studenten; in den technischen Werkschulen bilden sich mehr als 10 000 qualifizierte Arbeiter aus. Ab 1949 werden Massen koreanischer Studenten die technischen Hochschulen als fertige Ingenieure verlassen.

* * *

Koreas ältestes und größtes Hüttenwerk, Hoang-hai, liegt 52 Kilometer von P-hjōng-jang entfernt, unweit der Mündung des Daidong. Tschon Won Mo, Beamter des Industrieministeriums, zeigt uns das Werk. Anderthalb Jahre lang war er dessen Direktor. In den letzten Jahren hat Tschon Won Mo keine üblen Fortschritte im Russischen gemacht.

„Russische Bücher und die Arbeit sowjetischer Ingenieure sind meine Universitäten“, sagt er.

Das Werk Hoang-hai ist von steilen grünen Berghängen, zu deren Höhen die Japaner eine Chaussee angelegt haben, an den Fluß gedrängt. Von den Stellen, wo einst japanische Flaks standen, eröffnet sich eine schöne Aussicht auf das Werk und auf die Gebirgsszüge, die es umgeben. Hinter den geschlossenen Reihen der niedrigen Fabrikgebäude, den gegliederten Reihen der frischgestrichenen Hochöfen und Winderhitzer zieht sich das blaue Band des Flusses hin, auf dem, weiß wie Riesenlilien, die Segel altertümlicher Dschonken schimmern. Hier und da sieht man die pilzförmigen flachen Kronen koreanischer Fichten.

Im geräumigen Arbeitszimmer des Werkdirektors sind Tabellen und Diagramme ausgehängt, unter dem Glas von Schaukästen blinken Produktionsmuster. Die Walzeisenproduktion hat 1948 den Höchststand, der unter der Herrschaft der Japaner erreicht worden war, überboten. Die Auswahl der Erzeugnisse wurde bedeutend vergrößert, der Plan für 1948 vorfristig erfüllt, die Arbeitsproduktivität in den beiden letzten Jahren vervielfacht. Für die Rekonstruktion des Werks und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen werden bedeutende Mittel verausgabt.

Aus dem Verwaltungsgebäude führt eine steile Böschung in das Labyrinth von Gasleitungen, Winderhitzern und anderen Teilen der Hochofenanlage hinab. Der Abteilungsleiter Han Ki Tschan lenkte unsere Aufmerksamkeit auf mächtige, abseits umherliegende braune Blöcke.

„Die Japaner haben im August 1945 das Metall in den Hochofen vorsätzlich erkalten lassen, damit diese ‚Hochofensäue‘ uns hinderten, Roheisen zu produzieren“, sagt er, wobei er das Pfeifen der Lokomotiven zu übertönen versucht. „Aber wir sind auch mit den ‚Säuen‘ zu Rande gekommen — wir haben einen Hochofen und zwei Koks-batterien neu angelegt und in Betrieb gesetzt.“

Wir traten zu einem Hochofen, der im Dezember 1947 angelassen worden war. Auf dem Ausgußplatz arbeitet inmitten dampfender orange-farbener Metallbäche der führende Arbeitstrupp des Hüttenarbeiters Im Pen Sun, dem die Regierung den Ehrentitel „Vorbildlicher Arbeiter“ verliehen hat. An der Wand des Abteilungskontors hängen graphische Darstellungen der Planerfüllung, große Tabellen mit technischen Kennziffern und technologische Instruktionen.

„Das Nutzvolumen unseres Hochofens wird bald in einem Grad ausgenutzt werden, dessen sich selbst viele kapitalistische Industrieländer nicht rühmen können“, sagt uns der Abteilungsleiter.

Ein Teil der Hochofen und der Koksöfen des Werks wird grade erst wiederhergestellt. Transportbänder laufen über einer leichten Verschallung, die Ausleger der Derrick-Krane beugen sich nieder. Behutsam reihen Arbeiter unter einem Schutzdach die Formziegel zwischen Strohmatten auf. In Korea hat man derlei Ziegel früher nie hergestellt. Aber jetzt verfertigt die beträchtlich erweiterte Abteilung für feuerfeste Ziegel aus einheimischem Rohmaterial solche Ziegel von höchster Qualität.

In der riesenhaften, einem Flugzeugschuppen ähnlichen Martinofenabteilung machten wir uns, während die Funken des ausgegossenen Metalls wie ein Feuerwerk sprühten, mit dem Abteilungsleiter Pak Een Hwa, einem lebhaften hageren

Mann in blauem Arbeitsanzug, bekannt. In seiner Abteilung sind sämtliche Öfen wiederhergestellt und in Betrieb gesetzt. Pak Een Hwa erzählte uns von den sowjetischen Fachleuten Iljin und Swiridow, die unmittelbar an den Öfen den koreanischen Arbeitern beigebracht hatten, wie man Stahl modernster Sorten gießt und Schnellschmelzungen durchführt. Nach Empfehlungen der sowjetischen Fachleute werden die Öfen jetzt rekonstruiert und hierdurch ihre Kapazität um 20 Prozent vergrößert. Die auf den Rat der Sowjetingenieure eingeführte technologisch richtige Behandlung der Öfen hat die Stahlausbeute pro Quadratmeter der Ofenfläche um 15 Prozent erhöht. Die Erfahrung der sowjetischen Fachleute ermöglichte eine Überprüfung und Vergrößerung der von den Japanern festgesetzten projektierten Ausrüstungskapazitäten.

„Die Japaner haben beteuert, ihre Technik sei die fortschrittlichste der Welt“, sagt Pak Een Hwa mit einem Lächeln. „Aber jetzt sehen wir, daß dies leere Prahlerei war. Die zeitlich kurze Hilfe der sowjetischen Fachleute hat uns den Weg zu den Gipfeln der modernen Errungenschaften der Welttechnik gewiesen und uns gelehrt, wie sie zu erreichen sind. Der koreanische Stahl wird nach allen Gradmessern besser als der japanische sein!“

Sodann berichtete uns Pak Een Hwa ein wenig über sein Leben. In der Familie eines landarmen Bauern wurde er 1913 in einem entlegenen Dörfchen geboren. Ein japanischer Meister stellte ihn 1934 für eine große Bestechungssumme in der Martinofenanlage ein. Pak Een Hwa erhielt pro Tag einen halben Jen. Nach 6 Jahren wurde er Stahlgießer und verdiente $1\frac{1}{2}$ —2 Jen pro Tag. In der gleichen Abteilung erhielten japanische Stahlgießer als Tageslohn 4 Jen und mehr.

Es gab in den Abteilungen keine Lüftung, man teilte keine Berufskleidung zu. In der Gasgeneratorenabteilung und im Kesselraum schufteten die Koreaner halbnackt in Gas- und Rauchschwaden, wobei sie sich Nase und Mund mit einem feuchten Lappen verbanden. Nach drei bis vier Jahren erschöpfender Arbeit in den Schrottereien, chemischen Anlagen und Gasräumen wurde der Arbeiter in der Regel invalid, und man warf ihn auf die Straße. Selbst der ganz unvollständigen Werkstatistik zufolge wurden 1944 in dem Werk, wo es 8733 Arbeiter und Angestellte gab, 2543 Unglücksfälle vermerkt. Viele von ihnen führten zu schweren Körperschäden und sogar zum Tode.

„Wir hüten das Gedenken an die vergangenen Zeiten der Bitternis und der Qualen, um davon Kindern und Kindeskindern zu erzählen. Sie werden dann die Gegenwart nur noch inniger lieben und die schöne Zukunft noch beharrlicher

aufbauen“, sagte Pak Een Hwa zum Schluß seiner Erzählung.

In den engen Gängen der Walzhütte spürten wir einen angespannten, aber gleichmäßigen und züversichtlichen Arbeitsrhythmus. Fast die Hälfte der Walzstrecken ist hier 1946 montiert und in Betrieb gesetzt worden. Mit Hilfe sowjetischer Fachleute wurden alle Heizöfen auf billigen einheimischen Brennstoff umgestellt. Innerhalb der Hütte selber werden unablässig gleichförmige Dachblechpacken in Waggonen verladen.

In einem leichtgebauten weißen Häuschen unweit der Abteilung ging eine Produktionsberatung der Schicht vor sich, die ihre Arbeit beendet hatte. Man erörterte die Erfüllung des Monatsplans, man zog das Fazit des Wettbewerbs zwischen den Schichten und den Arbeitstrupps. Arbeiter und Meister sprachen mit Leidenschaft. Nach der Beratung erzählten uns die Arbeiter Kim Tsan Hi, Kan Een Den und der Gewerkschafter Kim Wan Sen von den derzeitigen Schaffens- und Lebensbedingungen der Arbeiter. In den letzten beiden Jahren ist der Durchschnittslohn im Werk fast auf das Doppelte gestiegen: von 655 auf 1116 Wong*. Es wurde Stücklohn mit gleitender Lohnskala für die Arbeiter und ein Prämierungssystem für die Ingenieure und Techniker nach einer ebenfalls gleitenden Skala eingeführt. Qualifizierte Arbeiter haben bei einem Lohnsatz von 1000 bis 1100 Wong ein Monatseinkommen von 1500 bis 2500 Wong. Die Arbeiter erhalten gute Berufskleidung und Sonderbeköstigung. Traumatische Erkrankungen sind erheblich seltener geworden. Jeder fünfte Arbeiter hat 1948 kostenlos eine Anweisung auf Inanspruchnahme eines Erholungsheims oder Sanatoriums bekommen. Jeder dritte Arbeiter des Werks erhöht seine Qualifikation in technischen Fortbildungskursen und in der technischen Abendschule.

Unweit des Werks liegen schnurgerade aneinandergereihte einstöckige, von Gärten umgebene Häuser mit je 2 Wohnungen. Früher hatten die Japaner in der Werksiedlung 96 Prozent des Grundbestands an Wohnungen inne, obwohl sie nur ein Zehntel des Werkpersonals bildeten. In 93 schmutzigen, nahe bei den Schlackenhalde des Werks errichteten Baracken hausten 8000 koreanische und chinesische Arbeiter. Sie schliefen schichtweise, wo und wie es sich traß.

Die japanische Verwaltung bewohnte Villen in einem besonderen Viertel. Der Werkdirektor wohnte in einem zweistöckigen Haus mit mehreren Dutzend Zimmern, betreut von einer vielköpfigen Dienerschaft. Die Unterhaltskosten für den Direktor und seinen Hausstand betrugen ebenso-

viel, wie sämtliche Arbeiter in den Hauptabteilungen als Lohn erhielten.

Jetzt hat sich all das radikal geändert. Die Wohnungen sind unter allen koreanischen Arbeitern und Angestellten gleichmäßig aufgeteilt worden. Man baut neue bequeme Häuser, man pflastert Straßen und versieht sie mit Grünanlagen. Im Hause des früheren japanischen Direktors ist das Werkkrankenhaus untergebracht.

* * *

Als wir durch den Bezirk Nampo reisten, sahen wir überall neue Industriebauten und die Rekonstruktion alter Betriebe. Es rauchen bereits die Schlote des von den Japanern nicht zu Ende gebauten Magnesiumwerks Kiyang, das jetzt Chlorkalk, Streichhölzer und andere für den täglichen Gebrauch bestimmte chemische Erzeugnisse herstellt. Noch leuchten weiß die Gerüste auf den Gebäuden des Werkes in Kanse, aber aus seinen Toren rollen schon Güterwagen mit Elektromotoren und Transformatoren für die Landwirtschaft. In der Stadt Nampo wird der Bau einer großen Glasfabrik zum Abschluß gebracht. In das Textilkombinat schafft man moderne Webstühle...

In Nampo, im größten Nichteisenmetallwerk Koreas, zeigte uns dessen Chefingenieur Pak In Sik die 1941 gebaute Zinkabteilung.

„Von dieser Abteilung sagten die Japaner, sie sei nach dem letzten Wort der Technik errichtet. Aber das allerletzte Wort haben wir Koreaner gesprochen. Wir haben den technischen Prozeß intensiviert und 1948 die projektierte Kapazität der Abteilung überboten. Mittels innerer Hilfsquellen, aus eigenen Kräften erweitert das Werk die Abteilung jetzt fast auf das Doppelte. Auf den Rat sowjetischer Ingenieure hat die Belegschaft die Produktion einer Reihe neuer Arten von Erzeugnissen aus Abgängen organisiert und kämpft erfolgreich dafür, daß der Nutzeffekt des Ausschmelzens von Nichteisenmetallen gesteigert werde. Den Jahresplan für 1948 hat das Werk schon im November erfüllt...“

...Im Werkhof erinnert ein bescheidenes Monument an die Vergangenheit. Die Arbeiter des Werks haben 1944 einen großen Streik durchgeführt und Lohnerhöhung sowie Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse erreicht. Aber die Streikleiter Kim Te Lon, O San Kiun, Li On Gun und andere wurden bald verhaftet und im Gefängnis zu Tode gefoltert. Die Arbeiter des Werks ehren ihr Andenken.

* * *

Wir sahen den Werkklub im Festschmuck von Girlanden und bunten Fähnchen. Am Giebel des Gebäudes waren große Porträts angebracht,

* Wong — Geldeinheit der Demokratischen Volksrepublik Korea.

die Stalin und Kim Il Sung darstellen, dazwischen das Wappen der Republik. Umrahmt mit Reisgarben, verbildlicht es eine Sonne, die über Schneekuppen aufgeht und ihr Licht über den Staudamm eines Kraftwerks, über Betriebe ergießt. Der riesige, mit Transparenten und den Photographien von Bestarbeitern geschmückte Klubsaal war brechend voll. Hunderte standen auch in den Wandelhallen und auf der Treppe. Man erörterte den Vorschlag der Arbeiter des P-hjōng-janger Werks Sato Engpheng, dem Führer des Sowjetvolks J. W. Stalin ein Dankschreiben zu senden. Beifallsstürme und dreimalige „Mansei“-Rufe unterbrachen mehrfach die Redner und waren weit über den Klub hinaus zu hören. Es gab viele, die ihre Empfindungen äußern wollten, und die Versammlung zog sich bis tief in die Nacht hin. Und dann begann sogleich die Unterzeichnung des Schreibens, dessen Wortlaut kunstvoll auf ein weißes Seidentuch gestickt war. Jeder der Anwesenden drang darauf, dies erregende Dokument zu unterzeichnen, das die innigsten Gedanken und Hoffnungen des koreanischen Volks widerspiegelt.

Es war dies ein in seiner Feierlichkeit einmaliger Augenblick. Er brachte die Freundschaft zweier Völker zum Ausdruck: eines befreiten Volks und des Befreiervolks.

* * *

Die zahllosen Gebäude der drei größten chemischen Werke der Stadt Heungnam ziehen sich viele Kilometer weit am Ufer der blauen Seikosibucht hin und verschwinden zwischen Bergkuppen in Richtung des Provinzzentrums, der reinlichen Stadt Hamheung. In den Arbeitersiedlungen gibt es Sportplätze, Klubs, Lehranstalten, Krankenhäuser, Kinderkrippen und andere von der Volksmacht in den letzten drei Jahren geschaffene Einrichtungen zur Befriedigung kultureller Bedürfnisse der Bevölkerung.

Während der Japanerherrschaft bestanden in den Industriebezirken Nordkoreas nur 655 gemeinnützige Einrichtungen, einschließlich der 474 Sportplätze. Zugleich existierten bei jeder kleinen Fabrik, in jedweder Siedlung eine Menge schmutziger Kneipen und Bordelle. Aber die Herrschaft der Unwissenheit und der Ausschweifung ist vorbei. Im März 1948 gab es bei den Werken schon 3188 Kulturstätten: Klubs, Lesehallen, Sportplätze und Kinderkrippen.

Die sehr komplizierte chemische Apparatur der Werke setzt Kraftstrom, Wasser, Luft sowie

Schwefelkies und manche andere Mineralien in hunderttausende Tonnen Düngemittel und in sonstige chemische Erzeugnisse um. Die japanischen Ingenieure wisperten vor ihrer Repatriierung boshaft, die Heungnamer Werke würden ohne sie nicht arbeiten können. Die Praxis hat das Gegenteil bewiesen. Die Werke überbieten ihre Pläne und versorgen die Bauern mit Düngemitteln. Erfinder und Rationalisatoren, die die kompliziertesten technologischen Prozesse vervollkommen, haben sich unter der Belegschaft gefunden.

In der blitzsauberen Stickstoffabteilung gingen wir zu dem Apparatbediener Tscho Hi Min. Er ist vom Präsidium der Volksvertretung für mehrere wichtige Rationalisierungsvorschläge prämiert worden. Ein wenig verlegen zeigte er uns den auf seinen Vorschlag umgearbeiteten Antrieb des Exhaustors, eine Vorrichtung, durch die täglich 2300 Wong eingespart werden, ferner einen wiederhergestellten Kompressor sowie ein vereinfachtes Schema der Zirkulation in einem Apparat, das die Herstellung des Erzeugnisses aus dem Rohmaterial um 60 Prozent beschleunigt und die Leistungsfähigkeit des Aggregats innerhalb 24 Stunden von 4 auf 10 Tonnen steigert. Tscho Hi Mins Lehrlinge haben in der gleichen Abteilung einen Wärmeaustauscher rekonstruiert, wodurch die Freistellung von 5 Arbeitern ermöglicht wurde, und eine Reihe anderer Rationalisierungsvorschläge in die Tat umgesetzt.

Als der namhafte Apparatbediener über sich sprach, betonte er, daß er wie alle anderen lebt — nicht schlechter, nicht besser. Er bezieht einen Monatslohn von 1500 bis 1800 Wong, besitzt eine Wohnung und hat seinen Urlaub in dem prachtvollen Kurort Endungan in den Diamantbergen verlebt, wo sich früher die japanische Aristokratie amüsierte. Tscho Hi Min studiert an der Abend-schule, kauft viele Bücher und bezweifelt nicht, daß seine Kinder Hochschulbildung erhalten werden. Zum Abschied sagte er:

„Wir werden nie vergessen, daß Stalin und die Sowjetarmee das koreanische Volk befreit haben. Jetzt sind die Werktätigen zu Herren ihres Bodens und ihrer Werke geworden. Ich arbeite viel, aber es fällt mir leicht. Ich arbeite ja für mich und mein Volk. Die Amerikaner und der Verräter Li Seung Man wollen unser Volk aufs neue knechten, wollen uns die Werke, die Freiheit, die Zukunft rauben. Aber daraus wird nichts. Unsere Freundschaft mit der großen Sowjetunion ist unzerstörbar. Wir werden keinem unser glückliches Leben und unsere Zukunft preisgeben.“

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Ammenmärchen über Verletzung von Friedensverträgen

Am 15. März endete die erste Etappe der Kontrolle über die Erfüllung der Bedingungen, die in den mit den fünf ehemaligen Feindesländern Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Italien und Finnland abgeschlossenen Friedensverträgen enthalten sind. Die englisch-amerikanischen imperialistischen Politiker machten sich dieses Datum schleunigst zunutze, um völlig unbegründete Beschuldigungen gegen manche Länder der Volksdemokratie zu erheben.

Am 16. März beschuldigte Staatsminister McNeil im englischen Unterhaus ohne jeden Beweis Bulgarien, Ungarn und Rumänien, sie verstießen gegen die Friedensverträge. Bei näherem Hinsehen entpuppte sich seine Rede als Abklatsch einer Erklärung des USA-Staatsdepartements, die am gleichen Tage Pressevertretern übergeben worden war.

Die Ammenmärchen McNeils sind ebenso wie das Dokument des Staatsdepartements eine Zusammenfassung der Entstellungen und Verzerrungen der Wirklichkeit, der böswilligen Erfindungen und tendenziösen Kommentare, die im Laufe der letzten 18 Monate wiederholt aus offiziellen englisch-amerikanischen Dokumenten in die reaktionäre Presse und zurück gewandert sind. Dies schale Gebräu hat eine reichliche Beimischung von Anwürfen gegen die Sowjetunion, die angeblich Bulgarien, Rumänien und Ungarn bei den Verstößen gegen die Friedensvertragsbedingungen Vorschub geleistet und sogar die englisch-amerikanischen Hüter des Völkerrechts „gehindert“ haben soll, gebührende Ordnung zu schaffen.

Von was für „Verstößen gegen Friedensverträge“ ist die Rede? Vor allem seien, wie McNeil ausführte, diejenigen Artikel nicht erfüllt worden, die allen Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder des Glaubensbekenntnisses die Ausübung der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten gewährleisten. Mr. McNeil macht sich nicht erst die Mühe, Beweise für diese aus dem Finger gesogene Behauptung beizubringen. Wieder einmal holt er die Affäre des bulgarischen Staatsverbrechers und Verschwörers Petkoff hervor, der vom Volksgericht verurteilt wurde. Er bestreitet das Recht des rumänischen Volkes, so geschworene Feinde der Demokratie und des Fortschritts wie den berüchtigten Iuliu Maniu, dessen Verbrechen ebenfalls im offenen Gerichtsverfahren nachgewiesen

wurden, zu richten und ihn von der Gesellschaft zu isolieren. Anscheinend erblickt er auch darin ein großes Übel, daß die ungarischen Staatssicherheitsorgane den Kardinal und Verschwörer Mindszenty daran gehindert haben, das Heimatland zu annehmbarem Preis an die englisch-amerikanischen Imperialisten zu verschachern.

McNeil meint anscheinend, die „grundlegenden Freiheiten“ und „Menschenrechte“ in den Ländern Osteuropas hätten darin zu bestehen, daß Spionen und Verschwörern, die das Fundament der volksdemokratischen Staatsordnung unterwühlen, Handlungsfreiheit gegeben wird. Aber wer — außer diesen Spionen selbst und ihren Chefs — könnte sich mit einer solchen Auslegung der Friedensverträge einverstanden erklären?

Weiter ließ sich der Labourminister über das jetzt im Westen modern gewordene Thema der „Kirchenverfolgungen“ in den Ländern der Volksdemokratie aus. Aber auch hier hütete er sich wohlweislich, Tatsachen anzuführen, und berief sich darauf, daß das „Unterhaus weiß“, wovon die Rede sei. Eine solche Zurückhaltung hat ihren Grund: Tatsachen über „Religionsverfolgungen“ in Bulgarien, Rumänien oder Ungarn sind überhaupt nicht vorhanden. Die englisch-amerikanische reaktionäre Presse stimmt jetzt in allen Tonarten ein Geheul über den Prozeß gegen 15 Geistliche der Vereinigten Evangelischen Kirchen in Bulgarien an. Die Angeklagten aber haben selbst gestanden, Spionagearbeit gegen den Staat getrieben zu haben!

Die in der englisch-amerikanischen Propaganda unternommenen Versuche, das Vorhandensein „grundlegender Freiheiten“ in den Ländern der Volksdemokratie zu leugnen, sind von A bis Z lügnerisch. Die Bevölkerung dieses Teils von Europa genießt jetzt zum erstenmal alle Freiheiten und Vorzüge der Demokratie. Hier sind nur die Organisationen verboten und aus der politischen Arena verbannt, die das Ziel verfolgen, „dem Volk seine demokratischen Rechte zu nehmen“. Alle Friedensverträge mit den früheren Feindesländern enthalten aber einen Artikel, der das genau mit diesen Worten fordert.

Nicht stichhaltiger sind auch die übrigen Beschuldigungen, die gegen Bulgarien, Rumänien und Ungarn erhoben werden. Namentlich behauptet McNeil in trauter Eintracht mit dem Staats-

departement, daß die ehemaligen Feindesländer die militärischen Artikel der Friedensverträge verletzen. Dabei schweigt er jedoch über Italien, dessen Anschluß an den Nordatlantikpakt mit den sich hieraus ergebenden „Umrüstungsverpflichtungen“ größtenteils Verletzung des Friedensvertrags darstellt. Dafür wiederholt er mit dramatischem Pathos die Unwahrheit, die bulgarischen und rumänischen Streitkräfte seien zahlenmäßig stärker als festgesetzt gewesen war.

In Wirklichkeit zählt die bulgarische Armee 64 655 Mann, während laut Vertrag 65 500 vorgesehen sind. Auch die rumänische Armee geht nicht über die festgesetzte zahlenmäßige Stärke hinaus.

Die englisch-amerikanischen Politiker können Verstöße Bulgariens, Rumäniens und Ungarns gegen die Friedensverträge nicht beweisen, wenn sie auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Deshalb rutschen sie auch in den Sumpf der Lügen und böswilligen Erfindungen ab.

Seit den ersten Nachkriegstagen suchen Washington und London die Friedensverträge mit den früheren Feindesländern zu einer unverfrorenen Einmischung in deren innere Angelegenheiten auszunutzen. Schon bei Zusammenstellung

des Wortlauts dieser Verträge waren die amerikanischen und englischen Diplomaten darauf aus, sich das Recht und die Möglichkeit ständiger Druckausübung auf die Wirtschaft und Politik der osteuropäischen Staaten zu sichern, um ihre demokratische Entwicklung zu hindern und sie im Bannkreis der imperialistischen Politik festzuhalten. Diese Versuche wurden bereits auf der Pariser Friedenskonferenz im Keim unterbunden dank der festen und konsequenten Haltung der Sowjetunion, die für das Recht der kleinen und mittleren Völker eintrat, selbst ihr Leben zu gestalten.

In den anderthalb Jahren, die seit Inkrafttreten der Friedensverträge verstrichen sind, haben die englisch-amerikanischen Politiker dutzendmal versucht, Bulgarien, Rumänien und Ungarn in ungesetzlicher Weise ihren Willen zu diktieren, indem sie sie mit ihren Noten und Denkschriften überschütteten. Jedesmal aber wurde ihnen eine entschiedene Abfuhr erteilt. Hieraus erklärt sich dieser erneute Wutausbruch gegen die erwähnten Länder, der in den Erklärungen McNeils und des USA-Staatsdepartements seinen Ausdruck fand.

L. SEDIN

18. März

In der Nähe von Augusta (Sizilien) finden Manöver der USA-Marineinfanterie statt.

20. März

Protestdemonstrationen und Kundgebungen gegen den Nordatlantikpakt in Venedig, Neapel, Ravenna, Brescia, Lavello, Lecce und anderen italienischen Städten.

Eine von dem Schriftsteller A. A. Fadejew geführte Sowjetdelegation reist aus Moskau nach den USA ab, um an dem Kongreß der amerikanischen Kulturschaffenden und Wissenschaftler zum Schutz des Friedens teilzunehmen.

Die traditionelle Prager Frühjahrsmesse wird geschlossen. Auf der Messe hatten 14 europäische Länder ausgestellt; Vertreter aus 46 Ländern besuchten die Messe.

In den Westsektoren Berlins wird der Umlauf der Deutschen Mark der Sowjetzone verboten. Diese spalterische Maßnahme der westli-

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

März 1949

chen Besatzungsbehörden macht jeglichem Warenaustausch zwischen dem Ostsektor und den Westsektoren Berlins ein Ende.

21. März

In Moskau trifft eine albanische Regierungsdelegation ein, die von Generaloberst Enver Hodža, dem Vorsitzenden des Ministerrats und Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Albanien, geführt wird.

Dreißigjahrestag der Ausrufung der Ungarischen Räterepublik 1919.

In Bukarest wird der Vereinigungskongreß der rumänischen Jugend nach erfolgter Gründung

des Verbandes der werktätigen Jugend Rumäniens geschlossen.

Veröffentlichung der Ergebnisse des ersten Wahlgangs zu den Kantonalwahlen in Frankreich. Die Kommunistische Partei erhielt 23,54 Prozent der Stimmen, die Sozialisten 16,81 Prozent, die katholische Partei (Volksrepublikanische Bewegung) 8,07 Prozent, die de-Gaullesche Vereinigung des französischen Volkes 17,33 Prozent. Die übrigen Stimmen entfallen auf kleinere Parteien.

General Hojintsching bildet die neue Regierung Kuomintangchinas.

22. März

Das Staatsdepartement verweigert der französischen, italienischen und englischen Delegation zum Kongreß der amerikanischen Kulturschaffenden und Wissenschaftler zum Schutz des Friedens Einreisevisen in die USA.

Der finnische Landtag lehnt einen von Abgeordneten des Demokratischen Bundes des finnischen Volkes eingebrachten Antrag ab, durch den

gesetzgeberische Maßnahmen zur Gewährleistung der Erfüllung des Friedensvertrages durch Finnland gefordert werden.

23. März

J. W. Stalin, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, empfängt die Regierungsdelegation der Volksrepublik Albanien, bestehend aus dem Vorsitzenden des Ministerrats, Herrn Enver Hodža, und dem Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees, Herrn Spiro Koleka.

Die Kommunistische Partei Norwegens veröffentlicht einen Aufruf an das norwegische Volk, in dem zum Kampf gegen den Nordatlantikkpakt aufgefordert wird.

In Kopenhagen findet eine 60 000 Teilnehmer zählende Protestdemonstration gegen den Nordatlantikkpakt statt.

Die argentinische Polizei verhaftet 100 von 150 Delegierten zum Slawenkongreß Argentiniens und verhindert die Eröffnung des Kongresses.

Das Staatsdepartement verweigert der rumänischen Delegation zum Kongreß der amerikanischen Kulturschaffenden und Wissenschaftler zum Schutz des Friedens Einreisevisen in die USA. Auch den Delegierten aus einer Reihe anderer Länder werden die Einreisevisen verweigert.

24. März

N. M. Schwernik, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, empfängt Generaloberst Enver Hodža, den Vorsitzenden des Ministerrats und Außenminister der Volksrepublik Albanien, sowie Spiro Koleka, den Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees Albaniens.

In P-hjōng-jang findet eine Konferenz zum Schutze des Friedens statt, an der 1500 Delegierte teilnehmen, die alle progressiven Parteien sowie gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen Nord- und Südkoreas vertreten.

Das Unterhaus (Folketing) des dänischen Reichstags bestätigt mit 118 gegen 23 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung den Beitritt Dänemarks zum Nordatlantikkpakt.

Das Politische Komitee der Kommunistischen Partei Englands veröffentlicht eine Deklaration, die das englische Volk auffordert, gegen den Nordatlantikkpakt aufzutreten.

25. März

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR entbindet den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR N. A. Bulganin von seinen Obliegenheiten als Minister der Streitkräfte der UdSSR und beruft Marschall der Sowjetunion A. M. Wassilewski auf diesen Posten.

Dem vorbereitenden Ausschuß für die Einberufung eines Weltkongresses der Friedensanhänger sind aus verschiedenen Ländern der Welt Erklärungen von 300 Millionen Mitglieder vertretenden Organisationen zugegangen, die den Wunsch nach Teilnahme an dem Kongreß äußern.

Eröffnung des Kongresses der amerikanischen Kulturschaffenden und Wissenschaftler zum Schutz des Friedens in Neuyork.

Truman nimmt den Rücktritt von Walter Bedell Smith, dem USA-Botschafter in Moskau, an.

In Griechenland werden 16 Kommunisten zum Tode verurteilt.

26. März

Die Militärverwaltungen der Westmächte veröffentlichen ein Communiqué über „Korrekturen“ der Westgrenze Deutschlands, wonach westliche Grenzbezirke von Deutschland losgerissen werden. Die Westmächte erkennen offen die Annexion des Saargebiets durch Frankreich an.

Protestkundgebungen von 100 000 Berlinern gegen die Einführung der Westmark „B“ als einzigem Zahlungsmittel für die Westsektoren der Stadt.

27. März

Einschränkung der Fleischrationen der Bevölkerung Englands.

VERLAGS ANZEIGEN

VERLAG DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER UdSSR

Neuerscheinungen:

BESCHREIBUNG DER MANUSKRIPTE MAXIM GORKIS, Band I. Belletristische Werke, literaturkritische und publizistische Aufsätze. Herausgegeben von I. P. Ladyshnikow und J. F. Rosmirowitsch. 730 S., Rbl. 40,—

Beschreibung der im A. M. Gorki-Archiv verwahrten Handschriften, Ergebnisse des textologischen Studiums der Urmanuskripte und bibliographische Notizen.

S. M. POTAPOW — *Gerichtsphotographie*. Photographische Beweismethoden im Untersuchungs- und Gerichtsverfahren. 204 S., Rbl. 10,—

P. SMIRNOW — *Die „Possad“-Bevölkerung (Schutzbürger) und ihr Klassenkampf bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts*. Band II. 738 S., Rbl. 40,—

K. A. TIMIRJASEW — *Ausgewählte Abhandlungen über das Chlorophyll und die Photosynthese*. Herausgegeben von Akademiemitglied N. A. Maximow. (Serie „Klassiker der Wissenschaft“.) 352 S., Rbl. 18,—

S. P. TOLSTOW — *Auf den Spuren der Zivilisation des alten Choresm*. („Populärwissenschaftliche Serie.“) 328 S., mit Karten, Plänen und farbigen Zeichnungen. Rbl. 21,—

Materialien der Expedition der Akademie der Wissenschaften der UdSSR nach Choresm 1937—1947.

L. W. TSCHEREPNIN — *Russische Feudalarchive des 14. und 15. Jahrhunderts*. Teil I. 472 S., Rbl. 40,—

J. E. BERTELS — *Der Roman über Alexander und seine Hauptfassungen im Osten*. 188 S., Rbl. 13,—
Untersuchung orientalischer Romane über Alexander von Mazedonien.

B. A. WORONZOW-WELJAMINOW — *Gasnebel und neue Sterne*. 588 S., Rbl. 45,—

N. D. DURMANOW — *Der Begriff des Verbrechens*. 316 S., Rbl. 15,—

A. S. JERUSSALIMSKI — *Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus zu Ende des 19. Jahrhunderts*. 768 S., Rbl. 45,—

VERLAG DER UdSSR-AKADEMIE FÜR ARCHITEKTUR

Neuerscheinungen:

A. I. AXELROD — *Schulen*. Architektur und Bau. (Serie „Architektur des Landes der Sowjets“.) 36 S., mit 38 Illustrationen. Rbl. 5,—

P. WOLODIN — *Swerdlowsk*. (Serie „Architektur der Städte der UdSSR“.) 40 S., mit 39 Illustrationen. Rbl. 4,—

S. A. DADASCHEW und M. A. USSEINOW — *Die Architektur Aserbaidshans*. (Serie „Skizzen zur Geschichte der Architektur der Völker der UdSSR“.) 94 S., 75 Illustrationen. Rbl. 8,—

I. A. IGNATKIN — *Kiew*. (Serie „Architektur der Städte der UdSSR“.) 40 S., mit 34 Illustrationen. Rbl. 3,—

J. KOSTOTSCHKIN — *Narwa*. (Serie „Architektonische Schätze der Völker der UdSSR“.) 48 S., mit 29 Illustrationen. Rbl. 5,—

N. LERMONTOW und M. SACHAUTDINOWA — *Ufa*. (Serie „Architektur der Städte der UdSSR“.) 28 S., mit 24 Illustrationen. Rbl. 3,—

A. J. POSHARSKI — *Stalingrad*. (Serie „Architektur der Städte der UdSSR“.) 40 S., mit 29 Illustrationen. Rbl. 3,—

A. W. SAMOILOW — *Sanatorien und Erholungsheime*. (Serie „Architektur des Landes der Sowjets“.) 32 S., mit 46 Illustrationen. Rbl. 5,—

Beschreibung der binnen 30 Jahren in der Sowjetunion gebauten Sanatorien und Erholungsheime.

M. M. SINJAWER — *Die Admiralität*. (Serie „Russische Architekturdenkmäler“.) 20 S., mit 56 Illustrationen. Rbl. 40,—

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UDSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.